Die Werft HDW/Ross wird platt gemacht:

Innergewerkschaftliche Konfrontation wird unausweichlich!

Ein HDW-Betriebsrat:

Bei solchen Freunden braucht man keine Feinde

Jeder stirbt für sich allein!

1983 im September:
Kollegen besetzen die Werft HDW-Hamburg mit dem Ziel, 1300 Entlassungen zu verhindern.

1985, 1. Oktober:
HDW-Hamburg wird zu einer selbständigen Tochter der HDW-Kiel umgewandelt.

1985, 28. November:
Der staatliche Salzgitter-Konzern beschließt den Verkauf der HDW-Hamburg-Werft an die Konkurrenzwerft Blohm + Voss, die vom privaten Thyssen-Konzern beherrscht wird.

1986, 4. März:
Rechtliche Übernahme durch Blohm + Voss (B+V), Umbenennung in »Ross-Industrie GmbH«.

1986, 19. August:
Thyssen teilt mit, daß überprüft wird, ob es ökonomisch sinnvoll sei, HDW/Ross und B+V zusammenzulegen.

1987, 29. Juli:
Geschäftsleitung von HDW/Ross teilt mit, daß die Werft geschlossen werden soll.

1987, 1. Oktober:
Aufhebung der Eigenständigkeit von HDW/Ross; die Werft ist ein Werksteil (Ross) der B+V-Werft, die ihren Hauptsitz auf Steinwerder hat.

1988: Verdeckte Massenentlassungen im Werksteil Ross, Übernahme eines Teils der Belegschaft nach Steinwerder zu wesentlich schlechteren Bedingungen. Umzug des profitablen Maschinenbaus nach Steinwerder, der Rest wird platt gemacht.

Ende des Jahres 1988 wird eine Belegschaft nicht mehr existieren, die 1983 mit einer 9tägigen Betriebsbesetzung ein Zeichen setzte für die Gewerkschaftsbewegung in Hamburg und darüber hinaus. Die Aktionen dieser Belegschaft waren eine zeitlang Symbol des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen Arbeitsplatzvernichtung und damit Ausdruck der Hoffnung all derer, die schon damals den Maßnahmen der Unternehmer nicht die üblichen Sozialpläne entgegensetzen, sondern den gemeinsamen überbetrieblichen Widerstand entwickeln wollten.

Die Besetzung bei HDW hatte gezeigt, daß eine einzelne Belegschaft, noch dazu in einer krisengeschüttelten Branche, der wirtschaftlichen und politischen Macht der Unternehmer nicht gewachsen war und auch heute und in Zukunft nicht gewachsen sein wird.

Der hier beschriebene Verlauf des Ausschlachtens von HDW-Hamburg zeigt, daß das Bemühen, die innergewerkschaftliche Isolierung der einen Belegschaft zu überwinden, zu unlösbaren Konfrontationen in den Reihen der Gewerkschaft geführt hat. Viele Kolleginnen und Kollegen sympathisierten zwar mit dem Abwehrkampf bei HDW/Ross und schwiegen dennoch zu der Sabotage-Politik des Blohm + Voss-Betriebsrats. Ihnen fehlte die Kraft und Perspektive, den damit unvermeidlich hochkommenden Streit in der Gewerkschaft offen mit auszutragen.

Für die Gewerkschafter von HDW/Ross, die sich bis zum Äußersten um Kompromisse in diesen innergewerkschaftlichen Konflikten bemüht hatten und zum eigenen Nachteil oftmals stillhielten, waren zum Ende hin Kompromisse nicht mehr möglich.

Ein ernsthafter Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung der Unternehmer ist aber undenkbar, wenn eine klärende Auseinandersetzung in den eigenen Reihen der Gewerkschaft weiterhin unter denTeppich gekehrt wird. ■

Als der Widerstand bei HDW-HH begann

Auf den norddeutschen Werften wurden die Arbeitsplätze schon in der Konjunktur der »Marktsituation« angepaßt, und dies ohne Reaktionen seitens der Belegschaften und Gewerkschaften, also insbesondere der IG Metall. Hatten die beiden großen Werften »Howaldtwerke Hamburg« und »Deutsche Werft« im Jahre 1960 noch fast 22000 Beschäftigte (dazu bei Howaldt-Kiel noch ca. 10000 Beschäftigte), waren es bei der Fusion zur »HDW« im Jahre 1968 noch die Hälfte: 12500 Beschäftigte (dazu bei HDW-Kiel noch ca. 8500 Beschäftigte).

Damals war den Belegschaften schon versprochen worden, diese Fusion und die folgenden Modernisierungen würden »ihren« Betrieb wieder konkurrenzfähig machen und damit die Arbeitsplätze sichern. Trotzdem ging der Abbau in fast demselben Tempo weiter: z. B. verdienten 1982 noch etwa 4600 Arbeiter und Angestellte bei HDW-Hamburg ihr Brot.

Widerstand gegen diese »reibungslose« Kapital-Sanierung auf Kosten der Arbeiter hat sich bei HDW-Hamburg erst langsam entwickelt. Erkennbar wurde er zunächst an den zunehmenden Wählerstimmen für die RGO-Kandidaten zum Betriebsrat, sie erhielten 1978 drei BR-Sitze. Auch im IGM-Vertrauenskörper sammelten sich Kollegen, die im Rahmen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses Schluß machen wollten mit der hemmungslosen Anpasserei an die Forderungen der Unternehmensleitung durch den damaligen Betriebsrat und Gewerkschaftsvorstand.

1979/80 entwickelte sich unter den betrieblichen Gewerkschaftsfunktionären auf der Werft eine Debatte um die Einführung des Programm-Lohnes[1], in deren Verlauf die Parteigänger des damaligen BR-Vorsitzenden Peters die ersten Abstimmungsniederlagen hinnehmen mußten. Offene, für jeden erkennbare BR-Tätigkeit, keine Korruption oder Mauschelei, Verteidigung der Arbeitsplätze — das waren die Ziele, deretwegen sich die Opposition als »Aktive Metaller« in den bis dahin dumpfen Trott der IGM auf der Werft einschaltete. Obwohl sie nicht mehr wollten als den öffentlichen Anspruch der IGM, nämlich die *»konsequente Vertretung der Arbeitnehmer-Interessen«* zu sein, gerieten die »Aktiven Metaller« (anfangs etwa 40 Kolleg/inn/en verschiedener politischer Richtungen, einschließlich der DKP) zuerst und hauptsächlich mit der IGM-Führung in Konflikt[2]. Funktionsverbote, Ausschlüsse und politische Denunziation war deren Antwort auf die Regsamkeit und Lebendigkeit bei HDW.

Trotz oder besser: gerade deswegen gelang es den »Aktiven Metallern« (von der Belegschaft seit 1981 mit Mehrheit in den Betriebsrat gewählt, stellen sie seitdem auch die Geschäftsführung des BR und den Vorsitzenden[3]) die Werftarbeiter von HDW-Hamburg für die Verteidigung der Arbeitsplätze mehr zu mobilisieren als es irgendwo anders auf einer westdeutschen Werft bisher gelang.

Der Höhepunkt einer Reihe von Überstundenverweigerungen, Kurzstreiks und Demonstrationen war im **September 1983** die neuntägige **Besetzung des Werftgeländes.** Vorausgegangen war dieser Aktion die Bekanntgabe eines Konzeptes der Unternehmensleitung, das u. a. 1354 direkte Entlassungen und rund 900 Auflösungsverträge vorsah (Bei HDW-Kiel wurde ein Abbau in etwas geringerer Größe begonnen). Der damalige Wirtschaftssenator Lange (SPD) tat ein übriges und plauderte auf einer Betriebsversammlung aus, der Vorstandsvorsitzende Ahlers hätte ihm erklärt, in zwei Jahren werde HDW-Hamburg ganz dicht gemacht. So der Plan des Salzgitter-Konzerns.

Wenn während der neuntägigen Besetzung von der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft der westlichen Welt, etwas zu spüren war, dann war es ihre deutliche Zurückhaltung bei der Organisierung der Solidarität innerhalb von IGM und DGB: keine Vertrauensleute-Konferenz z. B. der norddeutschen Werften oder gar eine IGM-Mitgliederversammlung, kein nachhaltiger Versuch, wenigstens die Streikbruch-Arbeiten während der Besetzung auf den anderen norddeutschen Werften zu verhindern, keinen Aufruf an die anderen Gewerkschaften des DGB — kurz, **keine Steigerung über den betrieblichen Rahmen hinaus.**

Die dennoch zustande gekommene Solidarität von Gewerkschaftern aus Betrieben und unteren Gliederungen sowie durch die (bei anderen Anlässen so oft beschworene) *»breite, soziale Bewegung«* war der lebendige Ausdruck des dennoch vorhandenen Solidaritätsempfindens, auf das die Gewerkschaften hätten **aufbauen** können. Um dies zu tun, ist allerdings mehr notwendig als z. B. die lapidare Aufforderung des damaligen IGM-Bezirksleiters Otto vom Steeg an alle Vertrauensleute, Solidarität zu üben. Dazu bedarf es des politischen und rechtlichen Schutzes aller Aktionen, zu denen die Kollegen in den Betrieben bereit sind.

Die IGM-Ortsverwaltung zog **ihre Lehren** aus der Betriebsbesetzung und tat dies auch kund. Für sie war offenbar geworden, daß *»die Gewerkschaften kein Mittel haben, offiziell zum Kampf gegen die Massenvernichtung von Arbeitsplätzen aufzurufen. Daraus müssen wir die Lehren ziehen und uns an die Spitze der Bewegung setzen, die Mittel und Wege dazu in Zukunft findet.«*[4] An der *»Spitze der Bewegung«* stand der Spitzenmann der IGM-Ortsverwaltung bei HDW, Otto Kock, Vertrauenskörper-Leiter. Während der Besetzung erklärte er noch: Freiwillig werde ich die Werft nicht verlassen, da muß man mich schon 'raustragen. Nur ein Jahr nach der darauffolgenden VKL-Wahl, bei der Kock wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde (26. Juni '85), unterschrieb er ohne jeden Handlungszwang einen Auflösungsvertrag und »fand« einen Job beim »Amt für Arbeitsschutz«.

---

[1] Der Programm-Lohn ist ein Gruppen-Prämienlohn auf MTM-Basis. Obwohl dieses neue Lohn-System auch von IGM-Funktionären (u. a. Birkwald, Bez.-Leiter Hannover) ausdrücklich empfohlen wurde, sprachen sich die Kollegen von HDW-Hamburg dagegen aus, weil er ihnen zu undurchsichtig erschien. Bei HDW-Kiel war er damals schon teilweise eingeführt.

[2] Die Entwicklung bei HDW/Ross wurde von uns laufend berichtet und kommentiert. Weiter hinten im Heft findet sich eine Aufstellung der Artikel.

[3] Die Betriebsratswahl 1981 ergab:
Aktive Metaller: 15 Sitze IG Metall: 12 Sitze RGO: 1 Sitz DAG: 1 Sitz

[4] Die IGM-Ortsverwaltung nach der Besetzung. Zit. nach Bericht »Arbeiterpolitik« Nr. 6/7, S. 5. Die Frage der Betriebsbesetzung wurde zunächst zur »Vorstandssache« gemacht. Steinkühler (damals 2. Vors.) war anfangs dafür, Mayer hat die Frage immer mehr verwaschen, um schließlich auf dem IGM-Kongreß 1986 in Hamburg die Mitglieder vor Betriebsbesetzungen zu warnen, weil die Gewerkschaft in Konflikt mit Polizei und Staatsapparat kommen würde.

Inhaltsverzeichnis

Die Entwicklung von HDW/Ross seit 1983:
Bei solchen Freunden braucht man keine Feinde ____ 1

Kampf um die Plätze im Aufsichtsrat ____ 10

Unternehmer-Angriffe und Streit in den Gewerkschaften:
Bei solchen Feinden braucht man wirkliche Freunde ____ 16

Beilage zur
Arbeiterpolitik Nr. 2/ 1. Mai 1988
DM 1,-

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbe · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15 Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

Hoffen und Harren

Die Besetzung wurde nach 9 Tagen am **20. September '83** auf einer Betriebsversammlung durch Mehrheitsbeschluß beendet. Enttäuscht von der Wirkungslosigkeit auf die Politiker fanden viele Aktive nicht mehr den Weg in diese entscheidende Versammlung. Unter den sehr engagierten ausländischen Kollegen hatte sich Angst ausgebreitet vor der angedrohten Ausweisung. Zusätzlich drängten die betrieblichen Vorgesetzten in den Büros und Werkstätten die bisher Passiven, zu dieser Betriebsversammlung zu gehen.

Unmittelbar nach dem Beschluß über das Ende der Besetzung wurden die ersten der rund 1 300 Entlassungsschreiben verteilt. *»Wenn ich gewußt hätte, daß ich dabei bin, hätte ich für weitere Besetzung gestimmt,«* meinten enttäuscht viele, die zuvor noch hofften, der Kelch würde an ihnen vorübergehen. Auf einer Versammlung von Entlassenen, von der IG Metall organisiert, um Rechtsfragen zu klären, wurde die Gründung einer HDW-Arbeitslosen-Inititative beschlossen, was zunächst auf Ablehnung bei der OV stieß.

Am **29. September '83,** wenige Wochen nach der Besetzung von HDW, rief die IG Metall zu einer **Demonstration der Stahl- und Werftarbeiter nach Bonn,** zu der rund 110 000 Kolleg/inn/en kamen. Von der HDW-Belegschaft fuhren rund 600 dorthin. Für die, die mit großem persönlichen Einsatz die Besetzung getragen und alles versucht hatten, damit ein Instrument zu finden, welches Massenentlassungen verhindert, ergaben sich durch die Reden in Bonn keine Perspektiven, eher breitete sich Enttäuschung und Hilflosigkeit über den weiteren Weg aus.

Die HDW-Geschäftsleitung setzte nun alles daran, die Einheit und den Widerstand der Rest-Belegschaft zu zersetzen. **Überstunden** wurden in dauernd wechselndem Ausmaß verlangt, gleichzeitig gab es in anderen Teilbereichen **Kurzarbeit.** Der Betriebsrat verweigerte zunächst seine Zustimmung (wie schon vor der Besetzung), konnte diese Weigerung aber nach einigen Wochen nicht mehr aufrechthalten, da die Belegschaft sich anders verhielt: Viele der noch verbliebenen Kollegen beugten sich dem Druck der Meister aus Angst um ihren Arbeitsplatz. Andere, die schon ihre Entlassungspapiere in der Tasche hatten, verweigerten größtenteils die Überstunden, wieder andere liefen während der noch verbliebenen Kündigungsschutzfrist diesen direkt hinterher, um das Arbeitslosengeld noch zu erhöhen. Die angeordneten Überstunden waren teilweise betriebswirtschaftlicher Unsinn — die Leute standen nur 'rum. Sie waren für die Geschäftsleitung ein Instrument, um den Einfluß des Betriebsrates zu zersetzen, und das durfte ruhig was kosten. Dort, wo die für die Entlassung Vorgesehenen Unruhe und Diskussion verursachten, wurden sie bei fortlaufender Bezahlung nach Hause geschickt.

Die Erschütterung der Lebenssituation gerade langjähriger HDW-Arbeiter zeigte sich oftmals in wachsender Apathie gegenüber dem Arbeitsplatz und auch in ihrem schwindenden Engagement bei der innerbetrieblichen Diskussion. Ein Tischler, der nicht gekündigt war, wurde mit der neuen Situation nicht fertig — er erhängte sich am Arbeitsplatz. Ein während der Besetzung begeistert engagierter Azubi wurde wenige Tage danach tot auf den S-Bahn-Gleisen gefunden.

Die folgenden Wochen waren davon gekennzeichnet, daß immer mehr Fremdfirmen auf der Werft auftauchten — und im Laufe der Zeit dabei immer öfters ehemalige HDW-Kollegen, die nun, bei den Sklavenhändlern angestellt, dieselbe Arbeit wie zuvor als Festangestellte machten — nur mit weniger Lohn. Der Betriebsrat wurde mit diesen und ähnlichen Problemen völlig eingedeckt und zugleich in ein endloses Ziehen und Zerren um die Formulierung des Sozialplanes eingebunden, der die Entlassung der 1 354 Kolleg/inn/en »abfedern« sollte. Zur Unterstützung der BR-Position demonstrierten am **31. Oktober** rund 500 Kollegen etwa eine Stunde vor dem Verwaltungsgebäude von HDW.

Parallel zu diesem Dauerkampf mit der Geschäftsleitung hatte ein entscheidender Teil des Betriebsrates und des Vertrauenskörpers — die »Aktiven Metaller« — damit zu tun, den Streit mit der IGM-Ortsverwaltung und dem Vorstand in Frankfurt auszutragen, weil diese immer wieder neue Bedingungen für die Aufhebung der 6 Ausschlüsse stellten. Im **Februar 1984** wurden die Kollegen wieder »neu« in die IG Metall aufgenommen, die 31 Funktionsverbote waren abgelaufen. Daß damit das Mißtrauen der hauptamtlichen Funktionäre gegen die HDW-Kollegen, sie würden in Zukunft weiter »aus dem Ruder laufen«, nicht beendet war, zeigte sich in der Folgezeit immer wieder.

Anfang **Februar 1984** wurde der Restbelegschaft (noch ca. 2 450) wiederum Hoffnung auf »Konjunktur« gemacht, indem die Geschäftsleitung sehr vage einen schon 1 Jahr zuvor kalkulierten Umbau des Passagierschiffes »United States« für ca. 400 Millionen Mark prophezeite. Der Betriebsrat konnte deswegen die Hinauszögerung der Entlassung von anfangs 160, später 55 Kollegen aushandeln.

Der SPD-Senat rühmte sich gegenüber der Presse, er habe sich unterstützend in die Verhandlungen um den Auftrag eingeschaltet, weil dadurch die halbe Werftbelegschaft für ca. eineinhalb Jahre gesicherte Arbeit haben würde. Der Vorstandsvorsitzende von HDW-Hamburg und HDW-Kiel (der Muttergesellschaft), Ahlers, drängte, trotz aller Schwierigkeiten (Bundes- und Landesregierung sollten hohe Bürgschaften zusagen) die Verhandlungen mit dem amerikanischen Eigner fortzusetzen — trotz der Einschätzung seines Vorgängers Henke, der schon 1983 gesagt hatte: *»Da muß man nicht lange prüfen, der Umbau kann sich gar nicht rechnen«*, und sich deswegen um den Auftrag gar nicht bemühen wollte. (Spiegel, 9. 9. 85).

Von Februar '84 bis zum Herbst '85 strickten die Medien eifrig mit an der Vorstands-Vision des Großauftrages — dann auf einmal, am 16. Oktober '85, war er futsch: Die Meldung, daß HDW-HH den Umbau-Auftrag der »United States« nicht

bekommt, traf genau in einer Situation ein, in der in den Vorstandsetagen des Salzgitter-Konzerns die nächsten Schritte auf dem Weg zum angepeilten Ziel beschlossen und realisiert wurden: verschärfte Arbeitsplatz-Vernichtung im Schiffbau! Es kam nur darauf an, diese den Belegschaften, den Gewerkschaften und der Öffentlichkeit »richtig« zu präsentieren!

HDW: United States-Umbau in Hamburg, 2700 Arbeitsplätze sicher

Noch ein Deck

Die Unlust

Informationen tröpfchenweise

Konzernleitung und Vorstand von HDW hatten zu Zeiten des alten, langjährigen Betriebsrates um Werner Peters (der von der IGM-Ortsverwaltung gegen die »Aktiven Metaller« bis zum äußersten verteidigt wurde) keine Probleme, diese »Arbeitnehmervertreter« so früh und umfassend wie möglich zu informieren. Für die Kollegen drückte sich die deshalb »erfolgreiche« Gewerkschaftsarbeit u. a. darin aus, daß der von den Kollegen bei Einzelgesprächen hinzugezogene BR-Vorsitzende Peters ganz selbstverständlich zusammen mit der Geschäftsleitung auf der anderen Seite des Verhandlungs-Tisches Platz nahm.

Mit der Ablösung von Peters als BR-Vorsitzenden durch die »Aktiven Metaller« änderte sich auch das Verhalten der Geschäftsleitung. Die Betriebsräte, die angetreten waren mit dem Versprechen, der Belegschaft den jeweiligen Verhandlungsstand mit der GL offenzulegen, wurden durch Teilinformationen, Falschmeldungen, Dementis oder einfaches Ignorieren an der Nase 'rumgeführt. Daß die Kollegen es mit einem staatseigenen Konzern zu tun hatten, dem ein SPD-Mitglied vorstand (Pieper), änderte daran nichts.

Auch die durch die Mitbestimmungsgesetze für die »Arbeitnehmer« »eroberten« Posten in den Aufsichtsräten änderten an den Informationen nichts, sondern schafften nur eine weitere, von den Kollegen entferntere Ebene der Auseinandersetzung, auf der über ihr Schicksal entschieden wurde.[5]

Verselbständigt — alles wird gut?

Am **3. Juli '84** machte der HDW-Vorstandsvorsitzende Ahlers gegenüber dem BR erste **Andeutungen über eine Verselbständigung** von HDW-HH. Am **2. August '84** wurde der BR darüber informiert, daß laut »Konzept '83« die HDW-Hamburg sich ab 1. Oktober 84 von der HDW-Kiel »rechtlich trennen« und eine 100%ige Tochter von HDW-Kiel werden soll:

- HDW-Kiel macht dann mit der selbständigen Tochter HDW-Hamburg einen Vertrag über eine Gewinn- und Verlust-Übernahme,
- zweifellos kann der Vorstand HDW-Kiel der Geschäftsführung von HDW-HH weiterhin Weisung erteilen,
- genauere Planungen gibt es noch nicht.
- Es werden möglichst Privat-Anteilseigner gesucht; mit dem Hamburger Senat ist nicht über eine Beteiligung gesprochen worden.

Begründung für's ganze: *»Eine kleine Werft ist auf dem Markt flexibler und kann ertragsorientierter operieren«.*

4 Wochen später, am **12. September '84,** konnte der BR der Belegschaft mitteilen, daß die Verselbständigung um ein Jahr hinausgeschoben werde. Gleichzeitig — es war der Jahrestag der Werftbesetzung — wurde von BR und IGM in einer Resolution daran erinnert, daß der Kampf gegen die Arbeitsplatz-Vernichtung unvermindert fortdauere:

»Wir haben heute erneut Grund, um die Erhaltung unserer Arbeitsplätze zu kämpfen: Mit der Absicht, HDW-Hamburg abzukoppeln und zu privatisieren, steht die Existenz des gesamten (Hamburger) *Werkes auf dem Spiel. Auch die vorläufige Verschiebung der Verselbständigung auf das nächste Jahr beruhigt uns nicht, denn das ist kein Ersatz für den Willen, HDW* (-HH) *als öffentliches, staatliches Eigentum weiterzuführen.*

Wir erkennen im Gegenteil die Absicht der Kohl-Regierung, HDW so schnell wie möglich abzustoßen, um das Werk privaten Unternehmern zum Ausschlachten zu überlassen. Das entspricht genau den wirtschafts- und gesellschafts-politischen Zielen der Unternehmerverbände. In dieser Situation fordern wir Kanzler Kohl auf: ● *Hände weg von der Privatisierung öffentlichen Eigentums.* ● *Staatliche Gelder — unsere Steuergelder — für unsere Arbeitsplätze statt zur Finanzierung von Arbeitsplatz-Abbau.*

Den Hamburger Senat fordern wir auf, nicht länger untätig den verheerenden Auswirkungen der Bonner »Wende-Politik« im eigenen Bundesland zuzusehen. Die Stadt Hamburg muß bei HDW einsteigen, um Hamburger Arbeitsplätze, um öffentliches Eigentum zu sichern. Dies wäre auch endlich die Einlösung der Versprechungen gegenüber der HDW-Belegschaft.«

In einem Flugblatt an die Belegschaft präzisierte der BR insbesondere seine Forderungen gegenüber der SPD: *»Rechtliche Möglichkeiten, die Privatisierung zu verhindern, haben wir nicht. Wir haben nur die Möglichkeit der 'politischen Einflußnahme'! ... Es ist ein 13-Punkte-Katalog erstellt worden, der u.a. folgendes enthält:*

- *HDW-Hamburg muß als eigenständige Aktiengesellschaft weitergeführt werden.*
- *Hamburg muß sich mit mindestens 25,1% am Aktienkapital der HDW-Hamburg beteiligen. Hierüber werden mit den Hamburger Politikern und mit dem Vorstand der HDW weitere Gespräche geführt.«*

Volker Lange von der SPD, damals Wirtschafts-Senator, versprach, daß der Senat sich mit einer Sperrminorität am Aktienkapital beteiligen wolle.

Am **25. April '85** erhielt der Betriebsrat erstmals schriftliche Unterlagen über das Verselbständigungs-Vorhaben und seine Begründung: *»...der im Gesamtverbund kleinere Bereich Hamburg* (wird) *gegenüber dem größeren Partner Kiel gestärkt... wird sich die HDW-Hamburg als ein Hamburger Unternehmen profilieren können...«* Diese erste schriftliche Unterlage sah im Unterschied zu vorherigen Verlautbarungen keinen Vertrag mit der »Mutter« HDW-Kiel über die Übernahme von Gewinn/Verlusten mehr vor. Deshalb vermutete der BR am **28. Mai '85** in einem Brief an den Vorstand: *»...stellt sich für uns die Frage, ob weiterhin Verluste für das Werk Hamburg erwartet werden und diese bei Nichtübernahme dazu führen, daß auf diesem Wege die HDW-Hamburg oder der größere Teil (Werftbereich) geschlossen wird.«*

Die Verselbständigung von HDW-HH wurde auf der **Aufsichtsratssitzung am 3. Juni '85** in Kiel mit 11 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen der betrieblichen Arbeitnehmervertreter beschlossen (nur der damalige IGM-Bezirksleiter von Hannover, Birkwald, stimmte dafür). Die Betriebsräte und Metaller aus Hamburg hätten für die Verselbständigung gestimmt, wenn gewährleistet worden wäre, daß die Stadt Hamburg sich an der neuen Firma beteiligen könne. Das wurde abgelehnt. Die IGM-Bezirksleitung Hamburg schrieb in einem Info am selben Tag, die IGM-Arbeitnehmer-Vertreter hätten *»nicht gegen die Verselbständigung gestimmt...«*

[5] Als 1983 die »Aktiven Metaller« bei den Wahlen zum Aufsichtsrat proportional eine noch größere Unterstützung als zu den BR-Wahlen erhielten, war dies für die IGM-OV wiederum ein Anlaß, im alten Stil einen Deal mit der Geschäftsleitung zu machen: Es wurde mit deren Zustimmung ein offizielles IG-Metall-Büro für den Leiter des Vertrauenskörpers, Otto Kock, auf dem Firmengelände eingerichtet.

(also wie Birkwald dafür?, d. Red.) *Hamburg hat eine gute Chance...«* Allerdings sei die IGM doch dagegen, *»daß Hamburg abgekoppelt wird, ohne daß das alte Unternehmen Mitverantwortung für die neue Gesellschaft trägt und, wie früher versprochen, einen Ergebnisabführungsvertrag mit HDW-Hamburg abschließt.«*

Machen wir uns nichts vor: Hätten die Arbeiter-Vertreter im HDW-Aufsichtsrat geschlossen gegen die Verselbständigung gestimmt, wäre sie trotzdem vollzogen worden, weil eine Mitbestimmung die ökonomisch begründeten Entscheidungen von Unternehmungsführungen nicht aufhalten kann — in Hamburg nicht und woanders auch nicht. Mit der Haltung der Bezirksleitung: Ja, die Verselbständigung akzeptieren wir — aber Verluste müssen von der Mutter mitgetragen werden! kann man natürlich nicht gegen den betriebswirtschaftlichen Zweck der Konzern-Entscheidung, wie ihn der BR ja schon am 28. Mai befürchtete, ankämpfen.

Der Konzern war also einen Schritt weiter auf dem Weg zu seinem strategischen Ziel; die »gewerkschaftliche Gegenmacht« hat dabei immerhin »mitbestimmt«. Dem SPD-geführten Senat wurde von der Salzgitter-Konzernspitze (mit SPD-Pieper vorneweg) später mitgeteilt, an die Stadt Hamburg wolle der bundeseigene Salzgitter-Konzern auf keinen Fall eine Sperr-Minorität[6] verkaufen, allenfalls HDW-Hamburg komplett. Worauf Wirtschaftssenator Lange aus dem Schneider war und den HDW-Kollegen locker sagen konnte: Die wollen mit uns nicht...

Immerhin dienten seine Versprechungen und die von der IGM prophezeiten *»guten Chancen«* dazu, den Kollegen seit September '84 einige neue Illusionen zu bescheren und deshalb von tiefergehenden Überlegungen über die Kräfteverteilung in diesem Staate abzuhalten.

Privatisiert — es wird noch besser...

Am **1. Oktober '85** wurde der 4 Monate zuvor gefaßte Beschluß in die Tat umgesetzt: HDW-Hamburg gibt es nicht mehr, stattdessen eine **»HDW-Hamburg Werft und Maschinenbau GmbH«.** Abgesehen von den schon im Planungspapier vorgesehenen Änderungen kam hinzu, daß diese nunmehr selbständige Tochter von HDW-Kiel einen eigenen Aufsichtsrat bekommen sollte. Große Hoffnungen knüpften IGM und Betriebsrat an den Ex-Bürgermeister Klose, der als erster Vertreter auf der Arbeitnehmer-Seite in den neuen Aufsichtsrat (zusammen mit einem IGM-Vertreter aus Frankfurt) geschickt werden sollte. IGM-Bezirkssekretär Teichmüller: *»Er* (Klose) *ist als SPD-Abgeordneter für Harburg im Bundestag und kennt somit die HDW-Probleme sehr genau.«*

Auch verschiedene Betriebsräte setzten auf diese öffentlich verbreitete Hoffnung — obwohl gleichzeitig, wenn man »unter sich« war, auch die in der SPD und AfA organisierten Metaller ihre bisherigen Erfahrungen mit den SPD-Politikern in Stadt und Land als Enttäuschungen abbuchten.

Doch der staatseigene Salzgitter-Konzern hatte weiteres vor. Der nun juristisch »selbständige« Hamburger Betrieb hatte deshalb keine Vertreter mehr im Konzern-Aufsichtsrat — umgekehrt konnte dieses höchste Gremium des Staats-Konzerns sehr wohl Entscheidungen treffen, die die Hamburger Tochter seiner Kieler Tochter in ihrer Gesamtheit betrafen. Die direkten Verhandlungs-Partner der HDW-HH-Betriebsräte konnten nun immer wieder auf ihre Inkompetenz verweisen.

Schon **sieben Wochen nach Gründung des »selbständigen« Hamburger Betriebes** verlangte der Salzgitter-Konzern von den Arbeiter-Vertretern im Kieler HDW-AG-Aufsichtsrat »mitzubestimmen« über den Komplett-Verkauf von HDW-Hamburg an die größte Konkurrenz-Werft, Blohm + Voss AG (B+V), die (damals mit 65 %) zum **privaten** Thyssen-Konzern gehört.

Da die Arbeiter-Vertreter von dieser Sondersitzung nicht rechtzeitig informiert worden waren, mußte die Sitzung vom 22. auf den **28. November '85** verschoben werden. Einen Tag vorher (27. 11.) rief die IGM zu einer Vorbesprechung alle Betriebsräte, VK-Leitungen und Aufsichtsrats-Vertreter der Werftbereiche des Salzgitter-Konzerns nach Salzgitter zusammen. Trotz der Verabredung in diesem Kreis (dem die HDW-HH-Vertreter nicht mehr beiwohnen durften, da ihre Werft »selbständig« war), **gegen** den Verkauf von HDW-HH den Arm zu heben, stimmten u. a. die Arbeiter-Vertreter aus Kiel, der IGM-Bezirksleiter Birkwald aus Hannover u. a. **für den Verkauf an den privaten B+V-Konzern.** Allein Teichmüller vom Bezirk Hamburg und der DAG-Vertreter Motzner stimmten dagegen.

Rückwirkend **ab 1. Oktober '85 war HDW-Hamburg damit privatisiert — mit Zustimmung der Mehrzahl der IGM-Mitbestimmer im Aufsichtsrat.** Auch wenn sie (wie in

[6] An HDW-HH-Kiel besaß das Land Schleswig-Holstein einen Anteil von 25,1 %. Den auf den Hamburger Betrieb fallenden Teil dieses SH-Paketes (also 12,55 %) wollte der Hamburger Senat laut Senator Lange übernehmen. Der damalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg, machte da allerdings nicht mit.

anderen Fällen auch) hier wieder nur das Stimm-Vieh abgegeben haben, beeindruckend ist, daß die Mitbestimmungs-Ideologen noch nicht einmal mehr die eigene Vorstellung eines »Kampfes mit den Stimmen« aufrecht erhalten.

Die ersten Reaktionen auf diesen vorhersehbaren und dann doch als Überrumpelung empfundenen Deal zwischen Salzgitter AG und Thyssen waren sehr unterschiedlich. Für die IG Metall war das ganze eine *»riesige Schweinerei«*. (HR, 28. 11. 85) Für den SPD-Wirtschaftssenator Lange war es *»aus unternehmerischen Erwägungen eine vernünftige Bündelung der Kräfte«*. Verständnis für die schwierige Lage der Unternehmer, von daher die neue Lage akzeptieren — das ist die sozialdemokratische **Politik des kleineren Übels,** die aus diesen Worten spricht. Inzwischen ist der Hamburger Senat auf dieser Privatisierungsschiene ein ganzes Stück weiter und folgt dem Möchtegern-Unternehmer und jetzigen Wirtschafts-Senator Rahlfs von der FDP, der »dem Zug der Zeit« Dampf gibt.

Allein gelassen auch von der Partei...

Am **29. November '85,** einen Tag nach dem Verkaufs-Beschluß von HDW, war im Unternehmer-Blatt »Die Welt« nachzulesen, was die **ökonomischen** und die **politischen** Konsequenzen des Thyssen-Konzerns sein würden: *»Trotz einer lukrativen Maschinenbausparte ist der Betrieb* (HDW-Hamburg) *im Reparaturgeschäft hoch defizitär. Für Blohm+-Voss macht die Übernahme nur Sinn, wenn dieses Reparaturgeschäft mittelfristig aufgegeben wird... Der Abbau der Belegschaft ist noch aus einem anderen Grunde vorhersehbar. HDW-Hamburg ist seit eh und je ein betriebspolitischer Unruheherd... Ob Blohm+Voss es hinnehmen wird, übergreifende Unruhe im eigenen Haus zu riskieren, muß bezweifelt werden. Die hochsensibilisierte HDW-Belegschaft, die weiß, daß ihr schwerstes Krisenopfer noch aussteht, wird auch Blohm+Voss zu schaffen machen«.*

Den Betriebsräten war die Gefahr nicht unbekannt: *»Wir wissen, was es bedeutet, an B+V verkauft zu werden... Wir befürchten, daß wir nur noch dieses Geschäftsjahr erleben und man uns dann klar macht, daß nur noch die Produktpalette des Maschinenbaus überlebensfähig ist und diese dann zu B+V 'rüberzieht...«* (BR-Info, 25. 11.)

Verkehrte Welt

»Ein mörderischer Konkurrenzkampf hat sein Ende gefunden.« Pieper, Konzernchef der Salzgitter AG ■

Hoffnungen auf Senats- und andere Politiker waren bei den Kollegen vorerst geschwunden, also drängten vor allem die Vertrauensleute auf eine Forderung, die sie schon zwei Jahre zuvor während der Besetzung (damals erfolglos) an die IG Metall gerichtet hatten: Engere und direkte Zusammenarbeit der Werftbetriebsräte und -vertrauensleute unter dem Dach der IG Metall.

Ein erster Erfolg schien sich abzuzeichnen, als die IG Metall diesen Kreis vor der Verkaufsentscheidung der HDW-AG in Salzgitter zusammengeholt hatte. Die VK-Leitung von HDW-Hamburg hatte der Belegeschaft mitgeteilt: *»In der ausgezeichneten, solidarischen, nur von der Sorge um die Arbeitsplätze geprägten Sitzung, wurde folgendes einheitlich deutlich: Die Arbeitnehmervertreter befürchten erhebliche personelle Auswirkungen... diese* **werden die Arbeitnehmer bei B+V wie auch bei HDW negativ treffen!** *Daher wird es ab sofort nur noch ein* **gemeinsames Vorgehen...** *unter Einbeziehung der IG Metall geben!«* (VK-Info, 25.11.85)

Auch die AfA, der ein Teil der Betriebsräte von HDW und B+V angehören, verbreitete eine entsprechende Entschließung: *»Die AfA-Delegierten-Konferenz verurteilt auf das schärfste... fordern mit allem Nachdruck: Eindeutige Beschäftigungsgarantien für die Kolleginnen und Kollegen von HDW-Hamburg und B+V AG; sofortige Verhandlungen mit* **beiden** *Betriebsräten zur Erarbeitung einer zukunftsorientierten Unternehmenskonzeption, damit die erneute Verunsicherung beider Belegschaften beseitigt wird...«*

Die hier von allen Seiten beschworene Gemeinsamkeit, die nun endlich begonnen werden sollte, wurde besonders von den Kollegen bei HDW gefordert, weil alle ihre bisherigen Versuche, der Arbeitsplatzvernichtung Widerstand entgegenzusetzen, am Ende daran scheiterten, daß sie allein auf sich gestellt waren. Sie suchten nach Verbündeten und hofften, diese mit Hilfe der IGM bei den Kollegen von B+V zu finden.

Moderne Zeiten

Werner Knödler, IGM-Mitglied, Ex-BR-Vorsitzender, nun Arbeitsdirektor und Vorstandmitglied bei der Blohm+Voss AG erklärt seine Haltung ganz einfach: *»Wir leben in einer Ellenbogengesellschaft, da ist das einfach so.«* ■

Auf der ersten **Betriebsversammlung** nach dem Privatisierungs-Beschluß von HDW-HH (zum 1. Oktober) am **5. Dezember '85** trat der Vorstandsvorsitzende der neuen Mutterfirma B+V, Budczies, mit denselben Argumenten auf, wie sie schon immer zu hören waren: HDW-HH sei zu retten, wenn *»alle an einem Strang«* ziehen bei der »Sanierung« —alle über 55jährige möchten doch bitte gehen, dann bräuchten nur noch ca. 150 jüngere entlassen werden. Eine Fusion mit B+V sei aber nicht geplant. Budczies sagte auch: Die Stadt Hamburg teilnehmen lassen bei B+V? Nein, staatliche Beteiligung ist keine Garantie für Arbeitsplätze. Der Beweis sei doch gegeben, B+V stehe gut da, HDW schlecht: *»Der Staat ist kein guter Wirtschafter«*.

Der damalige Betriebsratsvorsitzende von B+V, Schreyer, lobte den Vorstandsvorsitzenden und empfahl den HDW-Kollegen, ihm zu glauben, da er immer die Wahrheit gesagt habe. Der ebenfalls anwesende 1. Bevollmächtigte der IGM, Müllner, hatte seinen im Kampf gegen den §116 radikal gewordenen Wortschatz im Gewerkschaftsbüro gelassen und gab sich wieder wie sonst: Er wolle das, was Budczies gesagt hat, *»nicht in Grund und Boden reden ...Neue Strategien«* müßten entwickelt werden. *»Wir wollen nicht in den Fehler verfallen und sagen, es ginge automatisch den Bach herunter«* (!!!). Die Stadt Hamburg solle bei B+V einsteigen und für die Stabilität der Arbeitsplätze einstehen. Die Mitteilungen von Budczies *»bewegen uns alle«*, und *»wir müssen darüber nachdenken«*.

Dieser Ton stand im krassen Gegensatz zu den immer wieder vorgebrachten Warnungen verschiedener Betriebsräte und Vertrauensleute von HDW-HH, die niemandem aus den Vorstandsetagen mehr glauben wollten. Bei ihren wiederholten Versuchen, die Belegschaft auf ihre eigene Kraft aufmerksam zu machen, standen sie allein. Die in der Presse immer wiederkehrenden Meldungen über das Hin und Her

Zwei Lügner

»Nein, eine Fusion mit der B+V-Werft ist nicht geplant...« Werner Budzcies, Vorstandsvorsitzender von B+V zu den HDW/Ross-Arbeitern am 5. Dezember '85.

»Budzcies hat immer die Wahrheit gesagt...« B+V-Betriebsratsvorsitzender Schreyer zu den HDW/Ross-Arbeitern am 5. Dezember '85.

»Das Bundeskartellamt hat die Hamburger Werftenverschmelzung von HDW-Hamburg und Blohm+Voss genehmigt.« Hamburger Abendblatt am 8. Februar '86. ■

»So'ne und Solche« Gewerkschafter im Rathaus

Am 3. Dezember '85 ziehen etwa 350 Kollegen von HDW und B+V ins Rathaus zur »aktuellen Stunde« der Bürgerschaft. Sie werden zunächst nicht 'reingelassen. Schließlich erklärt Wirtschaftssenator Lange, SPD, sich bereit, die Kollegen zu empfangen. Anwesend auch ein Vertreter seiner Bürgerschaftsfraktion und der GAL-Fraktion. Lange behauptet, der Senat habe von dem Verkauf nichts gewußt, er sei überrascht worden. Vorher habe er alles nur Erdenkliche getan, den Verkauf zu verhindern. Der Einstieg Hamburgs mit einer Sperrminorität von 25,1 % wurde allerdings von den Anteilseignern abgelehnt. Nein, zu einer Betriebsversammlung zu HDW könne er nicht kommen, wegen dringender Termine...

30 Meter weiter tagte die Bürgerschaft, geleitet von dem Gewerkschafter und DGB-Nordmarkvorsitzenden Hans Saalfeld, er übte gerade eine wichtige Funktion als SPD-Abgeordneter dieses Hohen Hauses aus. Da hätten die Werft-Arbeiter ihn sicher nur gestört — wenn die gewußt hätten, daß er dort zelebriert. Sie wußten es aber nicht, und niemand sagte es ihnen... ■

bei HDW/Ross ließ das Interesse der Hamburger Metaller und Gewerkschafter langsam abstumpfen; der Abbau und der Widerstand waren nicht mehr spektakulär. Die Belegschaft klammerte sich an die Versprechungen eines Managers — wurde diesem doch soeben von ihrem 1. Bevollmächtigten Absolution erteilt. Die von Budczies aufgebaute Nebelwand einer »gesicherten Zukunft von HDW-HH« wurde sogar mit Beifall bedacht. (Budczies wirkte noch knapp ein Jahr, dann wurde er zusammen mit seinen Wasserträgern im Vorstand »entlassen« — auf andere gut bezahlte Posten in der Industrie).

Die juristische und geschäftspolitische Unterordnung unter den Blohm+Voss-Konzern, der Teil des privaten Thyssen-Konzerns ist[7], wurde drei Monate später, am **4. März 1986** rechtskräftig, die Werft hieß nun **»Ross-Industrie GmbH«**. Der Hamburger Senat gab dem B+V-Konzern in diesem Zusammenhang eine Investitionshilfe von 1,8 Mill. DM. Dieser Umstand besserte für die dort arbeitenden Kolleg/inn/en im laufenden Jahr 1986 nichts. Immer stärkerer Druck auf »freiwilligen« Abgang, anfangs durch gehobene Abfindungszahlungen schmackhaft gemacht, leerte die Reihen der über 55-jährigen, ca. 300 Kollegen haben sich auf diesem Wege zurückgezogen. Trotz der vom Vorstand deswegen behaupteten notwendigen Verjüngung sollten die Azubis nach der Lehre nicht übernommen werden. Überstunden, Kurzarbeit, verweigerte Montage-Auslösungen, verstärkter Fremdfirmen-Einsatz, zurückgehaltene Informationen über die Planungen der Geschäftsleitung — dieser ganze Dauerkampf wurde eher mehr als weniger.

Als am **19. August 1986** die Betriebsräte beider Werften darüber informiert wurden, daß eine Untersuchungskommission der Thyssen-Hauptverwaltung überprüfen wolle, ob es wirtschaftlich sei, **die Werften B+V und Ross-Industrie zusammenzulegen,** reagierten zuerst die SPD-Kollegen bei Ross-Industrie, die sich sofort mit SPD-Kollegen von B+V zusammensetzten, um ihren Parteifreunden im Rathaus (es standen die Bürgerschaftswahlen bevor) in einem Brief die Meinung zu geigen: *»...wenden* (uns) *heute erneut an Euch, um in Erfahrung zu bringen, ob wir beim Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze mit der SPD und dem von ihm geführten Senat rechnen können.«* Die SPD-Vertrauensleute und Betriebsräte der beiden Werften warnten vor den Thyssen-Plänen und schrieben weiter: *»Jeder, der sich in solchen Abläufen auskennt, weiß, daß am Ende einer solchen Planung der Verlust von 40—50% der vorhandenen Arbeitsplätze steht.«*

Wahrsager

Schon 1971 war ein Zusammenschluß der beiden größten Hamburger Werften, HDW und Blohm+Voss, geplant. Der damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Apel frohlockte seinerzeit: *»Nach dem Zusammenschluß von HDW und B+V* könnte die neue Riesenwerft mit weit über 80 000 Beschäftigten in Hamburg und Kiel im internationalen Wettbewerb der Zukunft bestehen!«

Morgenpost, 21. 8. 87 ■

Sie fragten dann nach der ihnen unbekannten Funktion des 2. Bürgermeisters Alfons Pawelzyk in einem »Beirat« des B+V-Konzerns und meinten dann: *»Wir müssen deshalb davon ausgehen, daß er ausschließlich die Kapitalseite —wo auch immer — vertritt. Dieses Verhalten betrachten wir, gelinde gesagt, als merkwürdig... ergeben sich daraus folgende Forderungen:*

1. Der Senat unterstützt uns darin, daß die geplante Unternehmenszusammenführung und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste verhindert werden.

2. Der Senat fordert die fehlgeleitete Investitionszulage von 1,8 Mio DM zurück.

3. Die Investitionszulage wird erneut gewährt, wenn der Vorstand der B+V bereit ist, dafür Ersatzarbeitsplätze einzurichten...

Wir vermissen die Solidarität der Partei und des Senats bei unserem einsamen Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung auf den Werften... und bitten um Verständnis dafür, daß wir für den Bürgerschaftswahlkampf nicht zur Verfügung stehen... Bereinigt in Hamburg die Strukturprobleme der SPD. Solidarität ist keine Einbahnstraße!«

Kaum war dieser Brief entworfen, bekamen die Sozialdemokraten im Senat davon Wind. Eiligst wurden die Parteigenossen von der Werft zum Gespräch gebeten. Das Ergebnis waren neue Versprechungen an die Werftarbeiter und die Zusage von deren Seite, den Brief im Interesse der Gesamtpartei im Bürgerschaftswahlkampf lieber doch nicht abzuschicken.

Staatliche Gelder sind zweckgebunden

»In der Konferenz Norddeutschland am 21. April 1986 bekundeten zuletzt die Regierungschefs der vier Küstenländer, daß alle staatlichen Hilfen unter der Voraussetzung gewährt werden, daß die unvermeidliche Kapazitätsanpassung nicht behindert wird... Um den Rest lebensfähig zu erhalten, müssen die Kapazitäten um 1/3 verringert werden.«

Aus einem IGM-Papier ■

Am **21. September 1986** informierte der HDW/Ross-BR die Kollegen über das Untersuchungsvorhaben des Thyssen-Vorstandes und verschwieg auch seine Schlußfolgerungen aus den bisherigen Erfahrungen mit SPD und Senat nicht: *»Egal, wie die zukünftige Standortentscheidung getroffen wird, darunter leiden werden die abhängig Beschäftigten bei uns und bei B+V! Eine mehrmals geforderte Hilfe des Hamburger Senats können wir uns abschminken! Der Senat hatte die Transaktion — HDW-Hamburg zu B+V — als vernünftig bezeichnet. Wir werden versuchen müssen, uns selber zu helfen! Wir werden gemeinsam mit der IG Metall darüber nachdenken!«*

[7] Der Blohm+Voss AG-Konzern besteht aus folgenden Betrieben, die auch zusammen einen Konzernbetriebsrat bilden:
- Die Werft **Blohm+Voss AG** mit z. Zt. 5100 Beschäftigten auf Ross und Steinwerder.
- Die Firma für Lüftungs- und Klimatechnik **Noske+Kaeser** mit ca. 600 Beschäftigten
- Die Schiffs- und Maschinen-Reparaturwerft **Bartels & Lüders** mit ca. 240 Beschäftigten.

Der private Thyssen-Konzern hält einen Anteil von etwas über 65% der B+V-Aktien. Da er zusätzlich einen Siemens-Anteil von ca. 10% verwaltet, bestimmt er mit 75% des Aktienkapitals die Geschäftspolitik.

Einheit mit den B+V-Betriebsräten — Sozialpartnerschaft doch der bessere Weg?

Ausdruck dafür, daß der Thyssen-Vorstand die Situation seiner Hamburger Werften besser »in den Griff« bekommen wollte, war die Absetzung des B+V-Vorstandsvorsitzenden Budczies und die Berufung von Dr. Bartels rückwirkend zum 1. September 1986 direkt aus dem Thyssen-Vorstand auf diesen Posten. Ein »Gesamtkonzept« sollte kurzfristig erarbeitet werden. Im **März/April 1987** konnten die Kollegen von HDW/Ross-Industrie aus den Informationsbruchstücken des Vorstandes schlußfolgern, daß eine Zusammenlegung beider Werften kurz bevorstand, indem die **Ross-Industrie geschlossen** wird und die profitablen Teile (vor allem der Maschinenbau) zu B+V rübergehen sollten.

Klar, daß unter diesen Umständen eine alte Vorstellung, die bei der Werftbesetzung vier Jahre zuvor nur Gerede geblieben war, nach Meinung vieler Werft-Kollegen endlich praktiziert werden müsse: Die Gewerkschafter aller Werften, zumindest der beiden unmittelbar in Hamburg betroffenen, müssen an einem Strang ziehen — unter dem Schirm der IG Metall.

Was war, was ist das für eine Belegschaft, mit der die Ross-Industrie-Kollegen sich nun zusammen ihrer Haut erwehren wollten?

Blohm+Voss (B+V) ist in Hamburg seit jeher die Werft mit der höchsten Auslastung durch Militärproduktion, teilweise über 60 Prozent. Mit dieser Grundauslastung ließ sich bis etwa 1983/4 gut »wirtschaften«. Seither wird von Marine und Heer (Panzerwannen und -kuppeln) weniger bestellt, und auch B+V-Manager müssen sich mehr »auf dem Markt« umsehen. Die Belegschaft ist nach dem Kriege durch keinerlei nennenswerte Beteiligung an gewerkschaftlichen Aktionen aufgefallen[8]. Der auch bei B+V stattgefundene Arbeitsplatzabbau vollzog sich bis Anfang der 80er Jahre genauso schleichend wie bei HDW[9] und blieb es auch danach noch, als die HDW-Belegschaft zusammen mit ihrem Betriebsrat schon ein *»betriebspolitischer Unruheherd«* war. Entsprechend »unkompliziert« war das Verhältnis des B+V-Betriebsrates zur Geschäftsleitung und auch zur IGM-Ortsverwaltung geblieben. Daß der B+V-Vorstand die Unterschiede zwischen den beiden Belegschaften und ihren Betriebsräten kannte und zu seinen Gunsten auszunutzen trachtete, lag auf der Hand, schließlich sollte die *»übergreifende Unruhe«* (Die Welt) von HDW nicht auch noch zu B+V 'rüberschwappen.

So hatte der B+V-Vorstand seinem Betriebsrat bereits am **21. November 1985** zugesichert, HDW-Hamburg solle *»als Konzerntochter eigenständiges Unternehmen werden. Personelle Auswirkungen auf die B+V AG sind aufgrund des Kaufes nach Aussagen von Herrn Dr.Budczies nicht geplant... Der jährlich auftretende Verlust soll durch Sanierung der HDW-Hamburg aufgefangen werden... Das beinhaltet den weiteren Personalabbau bei HDW-Hamburg.« (Info des B+V-BR* vom 21. 2. 85, also 6 Tage vor dem vergeblichen Versuch der IGM, die Gewerkschafter im Aufsichtsrat der HDW-AG gegen den Verkauf einzuschwören.)

Im **März/April 1987** waren also den BR-Kollegen von B+V die strategischen Ziele der Thyssen-Manager und damit die Bedrohung der HDW/Ross-Arbeitsplätze schon **seit eineinhalb Jahren bekannt.** Da *»Auswirkungen auf die B+V AG nicht geplant«* waren, fiel es der B+V-BR-Führung relativ leicht, auf die von den Ross-Betriebsräten geforderte Gemeinsamkeit einzugehen.

Also zunächst einmal wieder gemeinsam — trotz aller Erfahrungen der Ross-Kollegen — ins Rathaus zum Bürgermeister: *»Hamburg soll endlich die Ross-Industrie als Ganzes übernehmen. Der Bürgermeister hat zugesagt, auf Thyssen einzuwirken...«* (BR-Info vom 24. 4. 1987)

Am **29. Juni 1987** dann das Ergebnis: *»...die Gespräche haben nicht zum Erfolg geführt.«*

Wer hat denn da die Illusion verbreitet, der schon vom Staatsunternehmen Salzgitter AG (zusammen mit der Landesregierung Schleswig-Holstein) abgelehnte Wunsch würde bei einem Privat-Konzern auf offene Ohren stoßen? Zumal die Werft-Unternehmer sich ja mit den Regierungen der Küstenländer in ihrem **strategischen Ziel** völlig einig waren (und sind): Es muß Werft-Kapazität abgebaut werden — und nur für den Abbau zahlen die Länder was dazu.

Während im Rathaus mit dem Bürgermeister über die Strategie der Unternehmer und mögliche Antworten verhandelt wurde, waren die Thyssen-Manager fleißig dabei, die **taktischen Schritte** für die Auflösung/Integration von HDW/Ross-Industrie in Angriff zu nehmen: *»Die personelle Eingliederung der Ross-Belegschaft soll verantwortlich durch die Bereichsvorstände von Blohm+Voss erfolgen«*, hieß es noch am **19. Juni 1987.**

Für die IG-Metaller bei B+V muß das Näherrücken der Zusammenlegung mit den Resten von Ross wie eine Drohung gegen **ihre** Arbeitsplätze gewirkt haben: die Abbaumaßnahmen wurden als unvermeidlich hingenommen, es ging

[8] Die Werft Blohm+Voss hat schon vor dem Kriege deutlicher als andere Betriebe die Ideologie des »Familienbetriebes« gepflegt, was während der Nazizeit sicher dazu beitrug, daß sie sich den Ruf eines NS-Musterbetriebes eroberte, u.a. mit Zwangsarbeitern aus dem KZ Neuengamme. Der antifaschistische Widerstand war bei B+V, gemessen an anderen deutschen Großwerften, gering.

[9] Die B+V-Betriebsratsvorsitzenden Knödler und später Schreyer spielten eine ähnlich einflußreiche Rolle in der Ortsverwaltung der Hamburger IGM, wie der frühere HDW-BR-Vorsitzende Werner Peters. Die Betriebsräte der Werften bestimmten ganz entscheidend die Politik der norddeutschen Verwaltungsstellen der IG Metall, nicht umgekehrt.

nur um die Verteilung der Opfer. Es hatte seit einigen Wochen ein verstärkter Informationsaustausch mit den HDW/Ross-Kollegen begonnen (gemeinsame VKL-Sitzungen, Infogespräche zwischen BR-Delegationen), begrüßt auch durch die IGM-Ortsverwaltung. Das hinderte die Führung des B+V-Betriebsrates aber nicht, sich auf die alten »guten Verbindungen« zum Unternehmer zu stützen und separate Verhandlungen zu führen — im ganz kleinen Kreis natürlich.

Daß diese Politik des »vertraulichen kleinen Kreises« (wie sie vor der Zeit der »Aktiven Metaller« auch bei HDW-Hamburg vorgeherrscht hat und in Großbetrieben immer noch vorherrscht) von der Unternehmensleitung begünstigt wurde, ist schon daran zu erkennen, daß gleichzeitig die Forderung nach Zusammenlegung der Wirtschaftsausschüsse beider Werften vom Vorstand abgelehnt wurde. Diese Ablehnung hat ein Vorstandsmitglied vertreten, das durch seine sozialpartnerschaftliche Karriere geradezu dazu berufen war, den Beschäftigten und den Betriebsräten die negativen Konsequenzen der »freien Marktwirtschaft« zu verkaufen: der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von B+V (bis 1978), Werner Knödler, inzwischen Arbeitsdirektor und Mitglied des Vorstandes, immer noch Mitglied der IG Metall. Knödler entwickelte sich in den folgenden Monaten zum beinharten, demagogischen Vertreter der B+V-Vorstandspolitik gegenüber seinen Mit-Gewerkschaftern und der gesamten Belegschaft von Ross.[10]

Ganz anders verhielt er sich gegenüber dem B+V-BR: Um der dortigen Belegschaft keinen Anlaß für unruheförderndes Aktionen zu geben, verhandelte »Herr Knödler« im Juli/August als Vorstandsvertreter mit seinen IG-Metall-Kollegen aus dem Betriebsrat »vertraulich« (d.h. zwei Kollegen des vierköpfigen Betriebsausschusses) über einen **»Interessenausgleich«**, der im wesentlichen die Zusage enthielt, daß bis zum Abschluß der Zusammenlegung beider Werften bei B+V **niemandem betriebsbedingt gekündigt wird.**

Was dort gegeben, wurde den Kollegen von Ross genommen: Am **29. Juli 1987** teilte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat von Ross offiziell mit, daß das Werk geschlossen werde, und: *»Die Muttergesellschaft B+V wird entsprechend der Planung freie Arbeitsplätze mit Ross-Mitarbeitern besetzen. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß betriebsbedingte Kündigungen nicht vermeidbar sind.«*

Der Konflikt spitzte sich also zu, denn die Ross-Geschäftsleitung hatte noch im Mai 1987 ein »Strukturkonzept '87« vorgelegt, in dem die Zusammenlegung **ohne** betriebsbedingte Kündigungen, allerdings mit 363 Abgängen durch 55er-Regelung (Abfindung), Auflösungs-Verträge, Nicht-Ersetzung etc. (»aus beiden Betrieben«, wurde mündlich zugesichert) vorgesehen war.

Am **11. August 1987** ließ Arbeitsdirektor »Herr Knödler« an die Mitarbeiter bestimmter Abteilungen (die, deren Know-how bei B+V unterentwickelt war) Personalfragebögen verteilen zwecks vorzeitigem Auflösungsvertrag und sofortiger Übernahme zu B+V. Dies geschah über alle infrage kommenden Bestimmungen des Betr. VG hinweg am Betriebsrat vorbei. Dieser mußte mit einer einstweiligen Verfügung drohen, damit »Herr Knödler«, für den das eine *»ganz normale Abwerbung«* war, diese Aktion beenden ließ.

Natürlich war auch der B+V-Betriebsrat darüber informiert, was drüben bei Ross-Industrie den Leuten bevorstand. Doch durch den Interessenausgleich für »seine Belegschaft«, den BR-Vorsitzender Taschenberger zusammen mit dem Zweiten Vorsitzenden, Oetting, zu der Zeit schon verhandelte, haben sie dem B+V-Vorstand den Weg erst frei gemacht, den evtl. bevorstehenden Konflikt auf das Werk Ross zu begrenzen und deshalb besser »im Griff« behalten zu können.

Die Kollegen von Ross-Industrie hatten sich zu diesem Zeitpunkt schon mit der Zusammenlegung beider Werften abgefunden. Ihnen ging es jetzt noch darum, daß die Einverleibung der HDW/Ross-Industrie nur **mit der Gesamt-Belegschaft** stattfinden dürfe. Am **18./19. August '87** forderten HDW/Ross-Betriebsrat und IGM-VK in einer Resolution vom Unternehmens-Vorstand:

»● *Gleichbehandlung beider Belegschaften*
● *Keine betriebsbedingten Kündigungen*
● *Zusammenführung beider Belegschaften gemäß § 613a BGB, d.h. Übernahme aller Arbeitnehmer mit den bisher erworbenen Rechten und Pflichten*
● *Gemeinsame Information und Beratungen beider Betriebsräte und Belegschaften*
● *Gemeinsame Verhandlungen über alle entstehenden Probleme, wie z.B. Interessenausgleich...«*

Trotz aller anderslautenden Äußerungen war der B+V-Betriebsrat nicht sehr an diesen gemeinsamen Beratungen interessiert. Er legte zusammen mit der Unternehmensleitung von B+V am **19. August '87** (6 Wochen vor der geplanten Liqudierung von Ross-Industrie) einen Entwurf für einen Interessenausgleich vor, der angeblich an diesem Tag das erstemal vom B+V-Betriebsrat behandelt wurde. Sie **verschwiegen,** daß mindestens zwei Betriebsräte schon seit Juli mit der Geschäftsleitung darüber verhandelt hatten und sie hier inzwischen eine vierte Fassung vorlegten.

Die Kernpunkte dieses Interessenausgleiches waren: ● Kollegen von Ross-Industrie werden bei B+V **freie** Arbeitsplätze angeboten, nicht mehr, ● gleichzeitig verpflichtet sich der B+V-Vorstand, keine B+V-Kollegen vor Ende '88 betriebsbedingt zu kündigen.

[10] J. Müllner, der 1. Bevollmächtigte der IGM-OV Hamburg, ist im Aufsichtsrat der B+V AG. Wer soll da wem was zuleide tun?

Am selben Tag gab der Vorstand bekannt: Nicht mehr nur 363 Kolleg/inn/en aus beiden Betrieben, sondern 778 sollten »abgehen« oder betriebsbedingt entlassen werden — nur von HDW/Ross-Industrie. Das Vorgehen des B+V-Betriebsrates sei *»eine schallende Ohrfeige für uns«*, wurde der Ross-Betriebsrat Napiwotzki in der »Hamburger Morgenpost« zitiert (20.8.87).

Vertrauenskörper und Betriebsrat von HDW/Ross schrieben noch am selben Tag an den B+V-Betriebsrat einen Brief, den sie auch an ihre Belegschaft verteilten: *»...erwarten von Euch, daß ihr dem Interessenausgleich... nicht zustimmt. Wir schlagen Euch vor, nach ausführlicher gemeinsamer Information... die Lage zu diskutieren und einen gemeinsamen gewerkschaftlichen Ausweg zu suchen. Bevor wir nicht zusammen alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, sollte es keine Unterschrift unter irgendeinen Interessenausgleich geben.«*

Der IGM-Ortsverwaltung wurde ebenfalls am selben Tag ein Antrag des VK von HDW/Ross übermittelt: *»Wir fordern den 1. Bevollmächtigten der IG-Metall Hamburg auf, schnellstmöglich eine außerordentliche OV-Sitzung einzuberufen, um die Schwierigkeiten bei der Zusammenlegung von B+V und Ross-Industrie im gewerkschaftlichen Sinne zu lösen und dadurch ein gemeinsames Vorgehen aller IG Metaller zu gewährleisten... halten eine gemeinsame Sitzung beider Vertrauenskörper für unerläßlich... erwarten, daß an ihr der 1. Bevollmächtigte der OV und* **stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei B+V,** *Kollege Johannes Müllner, teilnimmt.«*

Am **21. August '87** veranstaltete die IGM-OV im Gewerkschaftshaus eine Podiums-Diskussion zu den Problemen auf den Werften. Alle waren geladen, alle durften ihre Gedanken und Wünsche äußern, alle saßen friedlich vor den etwa 500 Kolleg/inn/en (vor allem von Ross), die gekommen waren und **zuhören** durften: Auf dem Podium saßen »Herr Knödler« mit Dr. Rohkamm vom B+V-Vorstand, die »linken« Senatoren Ehlers und Kuhbier zusammen mit einem FDP-Vertreter des Koalitions-Senats, der IGM-OV Bevollmächtigte Müllner, die Ross-Betriebsräte Napiwotzky und Kühnle und B+V-Betriebsrat Taschenberger.

Es wurden den Unternehmern viele Vorschläge gemacht, und es wurde viel über ihre Unmenschlichkeit geschimpft. Der mutigste B+V-Kollege im Publikum hielt einen Zettel in die Luft: *»Protest«* konnten die neben ihm Sitzenden lesen (für die anderen ist es hier aufgeschrieben). Nach 3 Stunden waren die bis dahin Anwesenden enttäuscht, *»alles Scheiße«* war noch ein höflicher Abschiedsgruß der Kollegen an der Tür. Nur ihre Vertreter auf dem Podium versuchten nach wie vor die **Probleme gemeinsam** mit den neben ihnen sitzenden Herren aus Konzern und Senat zu lösen — vergeblich.

Als dann drei Tage später, am **24. August '87** die IGM-Ortsverwaltung endlich die von den Ross-Kollegen geforderte gemeinsame Aussprache organisierte, legte sie dafür ein »Positionspapier« vor: *»Die Ortsverwaltung verurteilt die Praxis des B+V-Vorstandes, die Belegschaften von B+V und Ross gegeneinander aufzubringen...«* hieß es da. Verschwiegen wurde nur, daß bei dieser Praxis der »Herr Knödler«, IGM-Mitglied, der erste Mann an der Spitze ist — bis heute.

Weiter hieß es: *»Alle Aktionen und Maßnahmen, die von den Betriebsräten, Vertrauensleuten und der Organisation durchgeführt werden, müssen solidarisch und geschlossen erfolgen. Diese Gemeinsamkeit ist die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg...«*

Das Gerede von »Gemeinsamkeit« in einer Situation, wo die B+V-Kollegen ihr Schäfchen bereits im Trockenen hatten, diente nur dazu, die Ross-Kollegen von einer lauten und öffentlichen Kritik an den B+V-Kollegen abzuhalten, die die sogenannten »gewerkschaftlichen Grundsätze« vor aller Augen mit Füßen traten und sich auf den betriebsegoistischen Standpunkt: »das Hemd ist uns näher als der Rock«, zurückgezogen hatten. Mit dieser Haltung hatten sie in der Vergangenheit gut leben können, sie meinten nun, eine Übereinkunft mit dem Unternehmer würde sie in Zukunft besser schützen als die Auseinandersetzung mit ihm.

Am **26. August '87** kündigte der B+V-Betriebsrat seiner Belegschaft an, daß ein neues »Konzept« der Unternehmensleitung mit wieder anderen Entlassungszahlen vorläge und *»wenn es bei der Zielplanung des B+V-Vorstandes bleibt, ist der Betriebsrat zum Schutz der B+V-Belegschaft gezwungen* (!!!), *einen entsprechenden Interessenausgleich abzuschließen.«*

8 Tage später, am **4. September '87** unterschrieben sie den B+V-Interessenausgleich. *»... ist eine neue, für uns noch schlechtere Situation entstanden. Dem Vorstand von B+V, insbesondere dem Arbeitsdirektor Knödler scheint es zu gelingen, die eine Belegschaft gegen die andere auszuspielen«*, informierte daraufhin am **10. September '87** der Ross-BR seine Kollegen.

Das eigene Hemd...

Das Bestreben der Ross-Metaller war, dem Thyssen-Unternehmer bei seinem Versuch, Technik und Know-how des Maschinenbaus und anderes von Ross aufzukaufen und auszuschlachten, um damit die B+V-Werft zu sanieren, soweit in seine Schranken zu verweisen, daß er dabei die Belegschaft mit zu übernehmen hat. Sie begriffen sich als **Verfechter von gewerkschaftlichen Grundsätzen,** die es nun zu verteidigen galt, damit auch andere Betriebe, die einmal **nach** ihnen zwecks Liquidierung aufgekauft werden, daraus lernen könnten. In ihrer konkreten Situation schien ihnen das möglich, wenn:

- die »Verzahnung« beider Belegschaften tatsächlich auch von beiden Betriebsräten gewollt und von der Gewerkschaft unterstützt würde,
- in beiden Betrieben den älteren Kollegen attraktive Angebote für einen frühzeitigen freiwilligen Abgang gemacht würden,
- künftig Überstunden in Freizeit abgegolten würden,
- die künftige Arbeitszeit-Verkürzung auf die Jahresarbeit angerechnet würde,
- das Land und der Bund finanzielle Hilfen für umfassende, zweijährige Qualifizierungsmaßnahmen (bei Weiterbeschäftigungsgarantie für die Zeit danach) geben würden.

Die dafür notwendige **Kraft in der Belegschaft** zu entwickeln, hing entscheidend vom ersten Punkt ab. Das Verhalten der Metaller von B+V, das sich stützen konnte auf die bisherige sozialpartnerschaftliche Tradition der IGM und das Entgegenkommen des Unternehmers, machte es den Ross-Kollegen unmöglich, Unterstützung über diesen Betrieb hinaus zu finden. Die ihnen von ihren eigenen Gewerkschaftskollegen gezogenen Grenzen wirkten sich auf die ohnehin schwierige Situation der Ross-Belegschaft aus. Die Kollegen fühlten sich immer mehr allein gelassen, immer mehr suchten nach einem individuellen Ausweg.

Dem B+V-Vorstandsmitglied aus den Reihen der mitbestimmenden Gewerkschaft, »Herrn Knödler«, war es seit Mai/Juni 1987 gelungen, mehr als 750 Beschäftigte von den Personallisten zu streichen — und dies ohne Massenentlassungen. Im Herbst 1987 gab es kaum noch über 55jährige auf der Werft HDW/Ross-Industrie. Der Plan des Vorstandes sah noch weitere 433 »Abgänge« vor, — möglichst ohne großes Aufsehen. Zum größten Teil sollten diese Kollegen in eine — auch vom Ross-Betriebsrat befürwortete — Qualifizierungsmaßnahme gehen, allerdings **ohne danach einen Weiterbeschäftigungsanspruch zu haben.**

Um die Verteidigung dieses Anspruches ging es den gut 300 Ross-Kollegen, die am **23. September '87** auf dem Gelände von B+V vor dem Tagungsort des Aufsichtsrates

Thyssen zerreißt seine Werft-Pläne:

Es gilt das gebrochene Wort

»metall«, 4. 9. 87

Wo immer der Thyssen-Konzern das Sagen hat, gilt das gebrochene Wort. So auch bei der Hamburger Großwerft Blohm + Voss und deren Tochtergesellschaft Ross Industrie, wo nach dem angeblich letzten Entlassungsplan vom Mai nun noch die allerletzte Kahlschlagaktion folgen soll.

„Thyssen-Zusagen sind schon nach einem Vierteljahr nichts mehr wert", stellt Holger Mahler, der Betriebsratsvorsitzende bei Ross, bitter fest. Erst Ende Mai hatte der Aufsichtsrat von Blohm + Voss ein Konzept durchgeboxt, wonach die Verschmelzung beider Werften einen „Überhang" von 363 Beschäftigten ergebe, die innerhalb von zwei bis drei Jahren ohne Entlassungen „abgebaut" werden sollten. Jetzt knallte Blohm + Voss den beiden Betriebsräten überfallartig neue Pläne auf den Tisch, die für diese 363 und mindestens 350 weitere Beschäftigte die Entlassung bedeuten, die einseitig bei Ross durchgezogen werden sollen.

Diesen Wortbruch verbindet das Thyssen-Unternehmen mit dem „Großen Ehrenwort", daß es bei Blohm + Voss bis Ende '88 keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde. Der plumpe Spaltungsversuch stößt in beiden Betrieben auf harten Widerstand. „Damit sollen alte Rechnungen beglichen werden", vermutet Holger Mahler. Denn im Herbst 1983 hatte die kampferprobte Mannschaft von Ross, die damals noch „HDW-Hamburg" hieß, neun Tage lang die Werft besetzt.

„Wir werden keinen Interessenausgleich auf Kosten von Ross abschließen", versichert Herbert Oetting, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Blohm + Voss, „auch wenn wir dafür Opfer bringen müssen." Die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper beider Werften werden am 8. September in gemeinsamer Sitzung – im Betrieb und während der Arbeitszeit – ihre Antwort auf die Thyssen-Pläne abstimmen.

W. Otto

Dicke Backen

Der Thyssen-Konzern hat also sein Wort gebrochen. Das prangerte die Gewerkschaftszeitung »metall« am **4. September '87** in obigem Artikel an. Das mag ja woanders seine Wirkung haben, aber was sollen die Metaller bei Ross mit dieser Propaganda anfangen, wenn am selben Tag der Gewerkschafter und B +V-Betriebsrat Oetting sein Wort bricht: Just, als dieses Metall-Heft verteilt wurde, erfuhr der Ross-BR vom Abschluß des Interessenausgleichs bei Steinwerder — und die Ross-Belegschaft war das Opfer. Tatsächlich gilt bei Thyssen *»... das gebrochene Wort«* — aber auch bei diesen Gewerkschaften. Daß die »metall« mit dicken Backen darüber hinwegpusten will, macht sie nicht glaubwürdiger. ■

demonstrierten. Es waren auch etwa 300 B+V-Kollegen dabei, als bei strömendem Regen die Forderungen laut wurden und der Vorstandsvorsitzende Dr. Spethmann herausgerufen wurde. Nach einigem Hin und Her tauchte er auf, gab ein kurzes Statement ab, um sich dann einen Weg durch die Menge hindurch zu bahnen, um zum Verhandlungsgebäude zu gelangen, in dem der Aufsichtsrat tagen sollte. Sein von Anfang an provozierendes Auftreten wurde von den Kollegen entsprechend beantwortet, es kam zur Rangelei, als viele zur gleichen Zeit mit Spethmann in das vorsorglich abgesicherte Gebäude wollten und Feuerwehrleute sich als »Bodyguard« versuchten.

Die Sache wäre von beiden Seiten sicher unter der Rubrik »unvermeidliche Reiberei« abgeheftet worden, wäre da nicht der BR-Vorsitzende von B+V gewesen, der dem Konzern-Vorstand — trotz alledem — sein Verständnis von Sozialpartnerschaft signalisieren wollte: er distanzierte sich am nächsten Tag auf einer B+V-Betriebsversammlung aufgeregt und lauthals von der angeblichen »Gewalt«, die die Kollegen angewendet hätten und kündigte deshalb alle »Gemeinsamkeiten« auf. Für diese Rede hatte er sich eiligst zuvor noch den Segen »seines« Betriebsrates geben lassen. Die Vertreter der IGM-Ortsverwaltung schwiegen dazu.

Ab 1. Oktober 1987 war Ross-Industrie **kein selbständiger Betrieb** mehr, sondern hieß fortan **Blohm+Voss/Werk Ross,** im Unterschied zu **Blohm+Voss/Werk Steinwerder,** dem ursprünglichen Mutterbetrieb. Bis Ende 1988 sollen alle Teile dieses Werkes aufgelöst oder eingegliedert sein.

Anläßlich des restlosen Verschwindens der alten HDW-Werft an diesem Tage waren die Hamburger Zeitungen voll mit melancholischen Nachrufen auf die glänzenden Zeiten der deutschen Großwerften. Der HDW/Ross-Betriebsrat gab seine letzte Presseerklärung unter diesem Namen heraus. *»Mit dieser Schließung wird der zur Zeit modernste Hamburger Schiffbaubetrieb geschlossen! Es werden 1104 Arbeitnehmer dabei ihren Arbeitsplatz verlieren. Es wird damit eine ehemals staatseigene Werft, die zur Zeit ausgeglichene Bilanzen, ausreichende Aufträge und einen gewinnbringenden Maschinenbau vorweisen kann, geschlossen. Mit der Schließung der Ross-Werft und der Verlagerung der lukrativen Produktion will man die im Thyssen-Besitz befindliche Werft Blohm+Voss sanieren! Es wird damit die Werft gestützt, die nachweislich die unmodernste Werft ist, die mit zur Zeit erheblichen Verlusten arbeitet und den traurigen Rekord aufgestellt hat, seit 10 Jahren Kurzarbeit zu haben...«*

16 Tage später eilte IGM-Vorsitzender Steinkühler an die Elbe, weil gerade das Rampenlicht für eine weitere Schiffbaukonferenz (in Berlin) angeknipst wurde. Für die Manager hatte er (vom Hamburger Bezirksvorsitzenden Teichmüller aus den verschiedenen Papieren der Arbeitskreise »Alternative Produktion« zusammengesuchte) Vorschläge in der Tasche; eine gemeinsame Gesellschaft für Forschung und Entwicklung schlug er u.a. vor. Es fehle den mittelständischen Werften an Forschungs-, Entwicklungs- und Planungskapazitäten. Ihm schwebte eine Zusammenarbeit der Werften vor, wie in Bremen unter der Führung von Vulkan.

Die verheerenden Folgen z. B. für die Arbeitsbedingungen sind gerade am Beispiel des Vulkan-Umbaues der »Queen Elisabeth« in Bremen sichtbar geworden. Verbesserungsvorschläge für die Sanierung ihrer Profite brauchen die Unternehmer von den Gewerkschaften wirklich nicht. Stattdessen hätte Steinkühler den HDW/Ross-Kollegen Vorschläge machen können, wie sie ihren bislang erfolglosen Widerstand gegen diese Sanierungs-Politik zusammen mit der IGM hätten verbessern können. Doch darüber verlor er kein Wort. *»Gewerkschaft fühlt sich von den Werft-Managern verstanden/Politiker sollen mit ins Boot«*, überschrieb die »Frankfurter Rundschau« einen Bericht über den Steinkühler-Auftritt.

Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, getrennte Wege

Der Betriebsrat des Werkes Steinwerder hatte sich durch einen seit Juli '87 verhandelten Interessenausgleich vor dem »Ansturm« der Ross-Kollegen geschützt, mindestens bis Ende 1988. Der Betriebsrat des Werkes Ross wollte die Rechte seiner Kollegen bei der Verzahnung mit dem Werk Steinwerder ebenfalls durch einen Interessenausgleich schützen. Der grundsätzliche Streitpunkt zwischen Unternehmensleitung und Ross-Betriebsräten wurde sofort im ersten Gespräch klar. Die Manager ignorierten alle ihre bisherigen Äußerungen über die Zusammenführung und beharrten inzwischen darauf, daß das Werk Ross als Betrieb zuerst geschlossen werde und dann im Werk Steinwerder »freie« Arbeitsplätze angeboten würden.

Die Ross-Betriebsräte hielten dagegen, daß durch die Übernahme seit dem 1. Oktober jeder Ex-Ross-Kollege automatisch ein Arbeitsverhältnis mit der B+V-AG mit allen bisherigen Rechten und Pflichten habe. »Herr Knödler«, der Mann für's Grobe, machte klar: Einen Interessenausgleich gibt es nur, wenn die Betriebsschließung akzeptiert und damit auch **über 300 betriebsbedingte Kündigungen unterschrieben werden.**

Ende Oktober erklärte er einseitig die Verhandlungen für gescheitert. Eine Einigungsstelle wurde einberufen, zu der der Jurist der IGM-OV, Böger, und der 1. Bevollmächtigte Müllner von den Ross-Kollegen in die Verhandlungskommission berufen wurden.

Auf einer Betriebsversammlung im Werk Ross am **14. Dezember '87** schilderten die Betriebsräte und Vertrauensleute den über 1000 anwesenden Kolleg/inn/en die verfahrene Verhandlungssituation und die Sturheit der Gegenseite, präsent durch »Herrn Knödler«. Die Stimmung war geladen, die Kollegen merkten, daß ihnen nun, nachdem sie ihren Arbeitsplatz und »ihre Werft« nicht haben verteidigen können, auch noch die letzten Rechte genommen werden sollten. Betriebsrat und VK-Leitung versuchten, der aufgeheizten Stimmung einen Weg zu zeigen, damit die Belegschaft Druck entwickelt in ihrem eigenen Interesse. Die Betriebsversammlung wurde unterbrochen und sollte am 18. Dezember fortgesetzt werden. Inzwischen hofften die Aktiven, Vorbereitungen treffen zu können für eine Aktion, die auf die Unternehmer und Landespolitiker Eindruck machen würde. *»Der Kampf der Stahlarbeiter hat uns neuen Auftrieb gegeben,«* hieß es in einem Flugblatt der Vertrauensleute.

Die VK-Leitung im Werk Steinwerder hatte am 14. Dezember an der Betriebsversammlung im Werk Ross teilgenommen, **ohne** den Ross-Kollegen mitzuteilen, mit welchem »Problem« sie schwanger ging: In einem Brief an die IGM-OV hatte sie angefragt, ob die Richtlinien der IGM es erlauben, daß beim Übertritt vom Werk Ross zum Werk Steinwerder **das Mandat der Vertrauensleute bestehen bleibt, oder ob es erlischt.** Die Ross-Kollegen erfuhren dennoch von dem Brief und schrieben ebenfalls an die OV: Sie möge eine Stellungnahme der Ross-Kollegen abwarten, bevor sie entscheide. Die Antwort der OV vier Tage später: *»...hat beschlossen, daß der Kollege Peter Melzer* (hauptamtlicher Sekretär, d. Red.) *eine Bestandsaufnahme vorlegen soll, wie die Eingliederung ablaufen wird... die OV wird dann in möglichen Zweifelsfällen entscheiden...«*

Wiederum gibt sie sich »neutral« und unterstützt damit automatisch die »stärkere« Seite. Bei den Einigungsstellen-Verhandlungen neben den Ross-Kollegen zu sitzen, traute sich der OV-Bevollmächtigte noch zu, was ihm im Betriebsratsbüro des Werkes Ross wieder zum »Hoffnungsträger« machen sollte. Als er aber um Unterstützung für die geplante Aktion während der fortgesetzten Betriebsversammlung gebeten wurde, verlangte er, daß er da 'rausgehalten werde. LKW, Megaphon etc, ja, aber nicht er selber. Geredet wurde über die zeitweilige Besetzung der Köhlbrandbrücke im Hamburger Hafen, ein Nadelöhr für den Industrie- und Berufsverkehr.

Die Betriebsversammlung am **18. Dezember '87** verlief aber anders als geplant. Wegen Kurzarbeit waren rund 300 Kollgen weniger im Werk als sonst, und weil dieser Freitag für rund 50 teilweise langjährige Werftarbeiter ihr letzter Arbeitstag bei Ross war, sollte in vielen Werkstätten Abschied gefeiert werden. Es kamen also schon wesentlich weniger Kollegen zur Versammlung in die Kantine als vier Tage zuvor. Und es gingen nach kurzer Zeit auch wieder die ersten: Der BR-Vorsitzende Holger Mahler, der zuerst sprach, beschäftigte sich zuerst mit der Gewinnsituation des Thyssenkonzerns, um dann einen Überblick über die unklare Situation zwischen den beiden Werften zu geben: ● immer noch ginge es um ca. 390 Entlassungen ● gleichzeitig gäbe es bei Ross noch 120, bei Steinwerder noch 330 ältere Kollegen, die evtl. bei einem lukrativen Angebot (wie bisher bei Ross) Arbeitsplätze für Jüngere freimachen könnten ● immer noch würden bezahlte Überstunden verlangt ● immer noch würden erheblich Fremdfirmen auf den Werften eingesetzt, etc. Die Belegschaft erwarte klare Aussagen, sonst werde sie auf ihre Art zeigen, daß sie noch da ist.

Der dann folgende Arbeitsdirektor »Herr Knödler« wollte mit aller Anstrengung einer zu erwartenden Fortsetzung der Unruhe von der letzten Versammlung entgegentreten — er sprach, als wenn er »Kreide gefressen« hätte, und bedankte sich am Ende sogar bei den Kollegen, daß sie so aufmerksam zugehört hätten. Da nützten die scharfen Angriffe gegen ihn und die restliche B+V-Führung durch die folgenden Betriebsräte und Vertrauensleute nichts mehr, die Luft war 'raus aus der Versammlung.

Als der Vertrauenskörper dann dazu aufrief, zu den vor dem Werkstor wartenden Pressevertretern 'rauszugehen, folgten dem Aufruf gerade 100 Kollegen, sehr viel mehr gingen in ihre Werkstätten zurück. Vor dem Werkstor warteten mehrere Teams von Privatfunk und -fernsehen auf Sensationen. Auch von Arbeitslosen- und Jobberinitiativen waren einige gekommen, um sich bei der Brückenbesetzung solidarisch zu zeigen. Wegen der geringen Beteiligung aus dem Betrieb wurde darauf verzichtet, zur Brücke weiterzugehen. Stattdessen stoppten die Kollegen für ca. 20 Minuten den Verkehr direkt vor dem Betriebstor, Holger Mahler gab auf der Straße eine »Pressekonferenz«: Brückenbesetzung sei für die Zukunft nicht auszuschließen... Zurück ging es dann in die Betriebsversammlung, auf der vor halbvollem Saal der Schlagabtausch zuende gebracht wurde, ohne praktisches Ergebnis.

Für die Manager um »Herrn Knödler« herum war allerdings sichtbar geworden, daß hinter den dauernden Ankündigungen von VK-Leitung und Betriebsrat, man werde die Brücke besetzen, keine wirkliche Kraft mehr steckte.

Eine weitere Augenwischerei organisierte der IGM-OV-Bevollmächtigte Müllner, indem er für den gleichen Nachmittag ein Gespräch mit dem SPD-Bürgermeister und dem FDP-Wirtschaftssenator vermittelte. Wieder, wie schon so oft, gingen die Werftarbeiter-Funktionäre ins Rathaus, statt daß die Politiker zu den Arbeitern auf die Werft kommen. Und wieder kam dabei nichts heraus — außer daß FDP-Rahlfs ihnen unmißverständlich seinen Standpunkt offenlegte: *»Ihr könnt froh sein, daß ich die Sache* (gemeint ist die geplante Beschäftigungsgesellschaft auf dem Ross-Gelände, die die Stadt bezuschussen sollte) *überhaupt verfolge.«* Dohnanyi war überhaupt nicht über den Stand bei B+V und Ross informiert und redete Unverbindliches, um niemandem weh zu tun.

Das hinderte ihn nicht, einige Tage später auf einer öffentlichen SPD-Versammlung in Barmbek eben dieses Gespräch

metall Nachrichten
für die Metallindustrie im Bezirk Hamburg
Herausgeber: IG Metall, Bezirksleitung Hamburg, Frank Teichmüller
Dezember 1987

Gemeinsame Forschung und Entwicklung der Werften soll Standorte sichern

IG Metall will Politiker und Schiffbauunternehmer jetzt zum Handeln zwingen

Papier ist geduldig...

BETRIEBSRAT

Blohm + Voss AG Werk Ross · Postfach 1106 11 · 2000 Hamburg 11

Blohm+Voss
WERK ROSS

An
Betriebsrat und
Vertrauenskörper der
Blohm + Voss AG
Werk Steinwerder
Hermann Blohm Str.
2000 Hamburg 1

Fernruf Hamburg (0 40) 74 07-1
Fernschreiben
2 17 776 rosse d (Direkt)
2 17 835 rosse d (Maschinenamt)

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht	Unsere Zeichen	Telefondurchwahl	Hamburg, den
		BR/te	(0 40) 74 07-3290	14.01.1988

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Bestürzung haben wir gehört, daß Euer Betriebsratsvorsitzender, Gerhard Taschenberger, in einer offiziellen Betriebsratssitzung im Monat November 1987 folgendes geäußert hat:

"Das Verhalten des Kollegen Holger Mahler ist faschistoid !"

Diese Äußerung ist ehrabschneidend für einen vorbildlichen und langjährigen Gewerkschafter und Sozialdemokraten wie es unser Kollege Holger Mahler ist.

Auf Gewerkschaftsschulen haben wir, wie sicherlich auch Ihr, gelernt was Faschismus ist und was faschistoid bedeutet. Die verheerenden Auswirkungen, die der Faschismus auf Arbeitnehmer hatte, sind bekannt.

Da wir nicht glauben, daß Ihr dieses unserem Kollegen Holger Mahler unterstellen wollt, fordern wir Euch auf, daß Ihr darauf hinwirkt, daß der Gerhard Taschenberger diese ungeheuerliche Äußerung zurücknimmt und sich bei unserem Kollegen Holger Mahler entschuldigt.

Wir bitten Euch um eine entsprechende Rückäußerung.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

Betriebsrat — Vertrauenskörperleitung

als Beweis dafür anzuführen, daß er mit den Betriebsräten von Ross volles Einverständnis erzielt habe.

Zum **Neujahrsempfang** des Bürgermeisters für alle Bürger der Stadt kamen auch 11 Metaller von Ross, um die Gelegenheit zu nutzen, ihre immer noch ungelösten Probleme in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie verteilten an Presse und Bürger Flugblätter und überreichten dem Bürgermeister einen kleinen Fahnenständer, in dem von jeder eingegangenen Werft Hamburgs ein Fähnchen steckte.

Ganz ohne Freundlichkeit ging es schon 6 Tage später, in der Einigungsstelle, ans Eingemachte: Am **6. Januar '88** begann vormittags unter Vorsitz des Präsidenten des Landes-Arbeitsgerichtes, Dr. Weihrauch, eine letzte Sitzung[11], die erst am nächsten Morgen, um 7.30 Uhr beendet wurde: mit einer Erpressung!

Bis dahin hatten sich die Ross-Betriebsräte geweigert anzuerkennen, daß der **Ross-Betrieb geschlossen** wird und als Folge davon betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden müßten. Sie hielten an den gegebenen Zusagen fest. Für sie war es eine **Betriebsübernahme,** bei der nur die Bedingungen für die Belegschaft geregelt werden müßten. Der Vertreter der B+V-Unternehmensleitung, das IGM-Mitglied »Herr Knödler«, verlangte in dieser Nachtsitzung: Die Ross-Betriebsräte müssen die Betriebsschließung und damit die betriebsbedingten Kündigungen in einem Interessenausgleich anerkennen — nur dann würde die Unternehmensleitung sich an der geforderten Beschäftigungsgesellschaft (mit Maschinen, Gebäuden und Geld) beteiligen.

Der 1. Bevollmächtigte der IGM-OV, Müllner, war in dieser Nacht wieder nicht dabei, dafür kamen gegen 2.00 Uhr der Bezirksleiter Teichmüller und der Werften-Sekretär Melzer dazu: *»Beide, insbesondere aber der Kollege Teichmüller, erklärten uns, daß dieser Interessenausgleich für die IG Metall ein Durchbruch für die ganze Bundesrepublik bedeutet. Er begründete das im wesentlichen mit der zu gründenden Beschäftigungsgesellschaft, deren Modell man auch auf andere Bereiche übertragen könne. Aber auch die in diesem Interessenausgleich festgelegten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden vom Kollegen Teichmüller gelobt. Er bat uns dringend im Namen der Organisation, diesen Interessenausgleich nicht abzulehnen, um das Erreichte nicht zu gefährden. Erst nach diesem eindringlichen Appell unserer Spitzenfunktionäre war ich persönlich bereit, dem Kompromiß zuzustimmen.«* (Offener Brief des Ross-BR Horst Pilgrim vom 3. 3. 88)

Am nächsten Morgen informierte der Ross-Betriebsrat unter der Überschrift: *»Beschäftigungsgesellschaft und Qualifizierung sollen Entlassungen auffangen«*, die Belegschaft über den **unterschriebenen Interessenausgleich** und endete dann: *»Der BR hat mit erheblichen Bedenken... zugestimmt... wollte nicht die letzten Möglichkeiten für diese Belegschaft, wie die Qualifizierungsinitiative für Hamburger Werftarbeiter... die Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft gefährden. Dieser Beschluß wurde vom Betriebsrat einstimmig gefaßt... wenn wir sterben, sterben wir gemeinsam. Wir haben auch gemeinsam gekämpft.«* (7. 1. 88)

Diese elende Situation wurde den Morgenpost-Lesern unter der Überschrift: *»Ross: 62 Arbeitsplätze gerettet«*, verkauft. Bezirksleiter Teichmüller ließ sich zitieren: *»Erstmals beteiligt sich ein Unternehmen mit 2,5 Mio. an einer Beschäftigungsgesellschaft«*. Er dankte auch dem Senat für die finanzielle Unterstützung. Die IGM Hamburg bezeichnete wenige Tage später den Interessenausgleich als *»ersten, weit über die Grenzen Hamburgs hinausgehenden Schritt in die richtige Richtung.«* Sie sah es bereits als Modell für die von Entlassung bedrohten Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr.

Doch der Hamburger Senat besteht nicht nur aus Sozialdemokraten. Ihr Partner, die FDP, legte sich quer. Wenn überhaupt, so ihr Fraktionschef Wiegand, könne er das Projekt nur als eine Genossenschaft verstehen, an der sich interessierte Arbeitnehmer mit einem Teil ihrer Abfindung beteiligen könnten. BR-Vorsitzender Mahler kommentierte: *»Die FDP scheut sich nicht, den Begriff Genossenschaft heranzuziehen, um den Kollegen, die hier 30 bis 35 Jahre gearbeitet haben, die Sozialplan-Gelder zu entwenden.«*

Die Unternehmensleitung von B+V scherte dieser Streit wenig, sie begann, die für die Entlassung vorgesehenen Kolleg/inn/en unter Druck zu setzen, um sie zu »freiwilligen« Auflösungsverträgen zu bewegen. Einige wurden nachts um zwei Uhr vom Telegrammboten geweckt, weil sie am nächsten Morgen ins Personalbüro kommen sollten. Die Unternehmensleitung wollte sich ersparen: *»● die Anhörung beim Betriebsrat, ● die Überprüfung der sozialen Auswahl, ● die Möglichkeit der Qualifizierung und die anschließende Prüfung der Wiedereingliederung und Weiterbeschäftigung ● und viel, viel Geld«* (BR-Info vom 14. 1. 88).

Wenn zwei sich streiten...

Inzwischen gab es keinerlei praktische Kontakte mehr zwischen den Betriebsräten von Ross und Steinwerder. Ein Gesamtbetriebsrat (GBR) der B+V AG war erst seit dem 1. Oktober '87 möglich. Konstituiert hat er sich erst auf Drängen der Ross-Betriebsräte. Von ihnen saßen H. Mahler und D. Napiwotzki drin, während von Steinwerder G. Taschenberger und H. Oetting dazukamen. Dieser GBR tagte seither zweimal, zuletzt im November '87.

Am **22. Januar '88** schickte der BR von Steinwerder ein Flugblatt an die Hamburger Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehstationen, welches er an diesem Morgen »mit alle Mann« vor dem Steinwerder-Werkstor verteilte:

[11] Ursprünglich sollte schon die vorherige 8. Sitzung (am 29. 12. 87) die letzte und entscheidende sein. Müllner war nicht dabei, weil er Urlaub genommen hatte. Doch auch der dann noch drangehängten Sitzung am 6. 1. 88 blieb er fern. Diesmal war es die Kassenrevision der IGM-HH, die ihn hinderte, den »Erfolg« der Einigungsstelle mitzugestalten.

Der Betriebsrat

Hamburg, den 22.01.1988

Betriebsrats-Vorsitzender MAHLER fordert Entlassungen auf Steinwerder !!!

Der Betriebsrats-Vorsitzende Mahler des Werkes Ross der Blohm + Voss AG hat in der Fernseh-Sendung "Hamburg-Journal" in aller Öffentlichkeit den Arbeitgeber aufgefordert, im Werk Steinwerder Entlassungen vorzunehmen.

Nachdem wir, als der von Euch gewählte Betriebsrat, unserer Verpflichtung nachgekommen sind und mit einem Interessenausgleich, der auch von der IG Metall getragen wird, die Arbeitsplätze auf Steinwerder und auch für die Übernahmen von Ross, gesichert haben, hat Mahler immer wieder versucht Entlassungen auf Steinwerder ins Gespräch zu bringen.

Mahler hat jeden Ansatz von Solidarität zerstört, in dem er sich fast ausschließlich darauf konzentriert hat, die Ross-Belegschaft gegen Belegschaft den Betriebsrat Steinwerder in unverantwortlicher Weise aufzuwiegeln. Das hat am Ende zu einem, aus unserer Sicht, katastrophalen Interessenausgleich für die Ross-Belegschaft geführt. Von dieser Kritik nehmen wir den Teil der Beschäftigungsgesellschaft ausdrücklich aus.

Wer als Betriebsrat Formulierungen wie:

- Das Arbeitsverhältnis endet automatisch, ohne daß es einer Kündigung bedarf, am 30.09.1988, wenn bis dahin eine Berufsbildungsmaßnahme - aus welchen Gründen auch immer - nicht begonnen wurde,

und

- Der Betriebsrat ist mit der gesetzlichen Anhörungsfrist von einer Woche einverstanden und erklärt hierdurch Verzicht auf mögliche Rechte einer Verlängerung der Anhörungsfrist,

akzeptiert, hat nach unserer Auffassung das Recht verwirkt, Arbeitnehmerinteressen vertreten zu wollen. Außer den gesetzlichen Bestandsgarantien für Lohn und Gehalt ist von ihm nichts geregelt worden. Das wird der Betriebsrat von Steinwerder für die Ross Kollegen nachholen müssen.

Für den Betriebsrat von Steinwerder ist es unverständlich, daß Mahler fordert, wir sollen dazu beitragen, daß 55jährige Kollegen an die Luft gesetzt werden, obwohl in der Einigungsstelle bei Ross keine Lösung ausgehandelt wurde, die es 55jährigen ermöglicht zu akzeptablen Bedingungen auszuscheiden. Diese Kollegen würden nach der Mahler-Regelung 2 1/2 Jahre ohne jede finanzielle Zuwendung dastehen.

- Auf Ross sind im Jahr 1987 216.645 Überstunden abgeleistet worden, ohne die Möglichkeit zu nutzen, diese in ca. 150 zusätzliche Arbeitsplätze umzuwandeln.
- Auf Steinwerder wurden im gleichen Zeitraum, bei einer fast dreimal so großen Belegschaft, die unvermeidlichen Überstunden auf 80tsd begrenzt. Darüber hinaus wurden durch den Interessenausgleich 180 Arbeitsplätze für Ross-Kollegen durch zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen auf Steinwerder gesichert.

Es ist zu folgenden Solidaritätsaktionen der Belegschaft von Steinwerder gegen das Firmenkonzept des Vorstandes der Blohm + Voss AG gekommen:

Im März 1987 - Arbeitsniederlegung anläßlich der Aufsichtsrats-Sitzung gegen das Firmenkonzept
Beteiligung: ca. 1.000 Kollegen von Steinwerder
ca. 20 Kollegen von Ross

September 1987 - nach Abschluß des Interessenausgleichs für Steinwerder

- Arbeitsniederlegung anläßlich der Aufsichtsrats-Sitzung gegen die vorgesehenen Entlassungen bei Ross
Beteiligung: ca. 1.200 Kollegen von Steinwerder
ca. 150 Kollegen von Ross

Es gab darüber hinaus während der Interessenausgleichsverhandlungen auf Steinwerder insgesamt 25 Treffen zwischen den Vertrauenskörperleitungen und Betriebsräten beider Betriebe.

Alle weiteren Solidaritätsaktionen sind von Mahler durch diffamierende Beschimpfungen und Beleidigungen des Vertrauenskörpers und Betriebsrates systematisch zerstört worden.

- Wir haben in den vergangenen Jahren alle Kündigungswellen seitens des Arbeitgebers abgewehrt!! (1984 - 300, 1985 - 500, 1986 - 630 und 1987 - 360 ge plante Entlassungen)
- Der Betriebsrat Steinwerder wird wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, keinen Kündigungen zustimmen!!!
- Wir haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, daß die Auszubildenden übernommen werden!!!
- Wir haben die Werkbusse erhalten!!!

Diese, für unsere Kollegen durchgesetzten, Sicherungsregelungen lassen wir durch Mahler nicht gefährden.

Wir lassen uns von niemanden

"r u h i g s t e l l e n",

weder vom Arbeitgeber, noch von Mahler!!!!

Betriebsrat
der
Blohm + Voss AG
- Werk Steinwerder -

Das im Text auszugsweise zitierte Flugblatt des Steinwerder-Betriebsrates hier im vollen Wortlaut. Für eine detaillierte Antwort auf die verschiedenen Behauptungen und Unterstellungen reicht unser Platz leider nicht. Interessierte Leser können aber die ausführliche Entgegnung bei der Redaktionsadresse anfordern.

»BR-Vorsitzender Mahler fordert Entlassungen auf Steinwerder!!!... in der Fernsehsendung Hamburg-Journal am 20. 1. 88 hatte Mahler den Arbeitgeber aufgefordert, im Werk Steinwerder Entlassungen vorzunehmen... Mahler hat jeden Ansatz von Solidarität zerstört, indem er sich fast ausschließlich darauf konzentriert hat, die Ross-Belegschaft gegen den Betriebsrat Steinwerder in unverantwortlicher Weise aufzuwiegeln. Das hat am Ende zu einem, aus unserer Sicht, katastrophalen Interessenausgleich für die Ross-Belegschaft geführt... hat nach unserer Auffassung das Recht verwirkt, Arbeitnehmerinteressen vertreten zu wollen. Außer den gesetzlichen Bestandsgarantien für Lohn und Gehalt ist von ihm nichts geregelt worden. Das wird der Betriebsrat von **Steinwerder** *für die Ross-Kollegen nachholen müssen.«*

Der Arbeitsdirektor, »Herr Knödler«, hatte den Ross-BR-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter daraufhin mehrmals als *»betriebsstörende Elemente, die nicht nach Steinwerder versetzt werden können«* bezeichnet, zuletzt sogar im Beisein von anderen.

Daß der Steinwerder-BR sich zu diesen nachdrücklich den öffentlichen Medien zugesteckten Diffamierungen verstieg, konnte nur als Beihilfe zu »Herrn Knödlers« Bemühungen verstanden werden, die Ross-Betriebsräte unter allen Umständen vom Werk Steinwerder fernzuhalten: Hier sollten mit der Unternehmensleitung im Rücken »Tatsachen« geschaffen werden, durch die eine Übernahme dieser Ross-Kollegen für den Unternehmer »nicht vertretbar« geworden wäre.

Am selben Tag noch verlangten die Ross-Kollegen von Ortsverwaltung und Bezirksleitung der IGM eine Stellungnahme. Sie wiesen darauf hin, daß der unterschriebene Ross-Interessenausgleich ausdrücklich von diesen beiden Gewerkschafts-Gremien gefordert und begrüßt worden war und somit der Angriff des Steinwerder-BR sich auch gegen die ganze IGM richte.

Am **27. Janur '88** antworteten die Ross-Betriebsräte vor dem Steinwerder-Tor mit einem Flugblatt, in dem sie die Vorwürfe zurückwiesen und wiederum anboten, **gemeinsam** über die künftige Gewerkschaftsarbeit auf Steinwerder zu sprechen, schließlich seien die Arbeitsplätze dort nur bis Ende 1988 zugesichert.

Ebenfalls am **27. Januar** gab die Ortsverwaltung die erste schriftliche Stellungnahme zum Konflikt *»zwischen den Betriebsräten und VK-Leitungen der B+V-Werke Steinwerder und Ross«* an die Betroffenen weiter. (Direkten Einfluß auf die IGM-Ortsverwaltung hat der BR von Steinwerder durch seinen Vorsitzenden Taschenberger, der dort Mitglied ist und auch im Beirat der IGM sitzt). In dieser **Stellungnahme** hieß es u. a.:

»1. Die Ortsverwaltung sieht es als zwingende Verpflichtung an, ihren organisationspolitischen Einfluß einzusetzen, damit... eine Konfliktlösung in solidarischer und sachlicher Form eingeleitet wird.

2. Die Ortsverwaltung verlangt von den maßgeblichen Funktionsträgern... alle Angriffe gegeneinander sind sofort einzustellen... ebenso die Einbeziehung der Öffentlichkeit...

3. Die Ortsverwaltung stellt fest: Gegenseitige Verunglimpfungen sind nicht vertretbar... Zur Bereinigung gegenseitiger Vorwürfe sieht die IGM-Satzung entsprechende Möglichkeiten vor...

5. Die Ortsverwaltung appelliert in nachdrücklichster Form an die verantwortlichen Funktionsträger... Die Ortsverwaltung ist willens und in der Lage[12]*, ihren Beitrag zur Beilegung des Konfliktes zu leisten und erwartet den Beschluß der entsprechenden Gremien, sich künftig unter der Leitung der Ortsverwaltung an gemeinsamen Beratungen zu beteiligen.«*

Abgesehen von diesen »neutralen« und zu nichts verpflichtenden Allgemeinplätzen gab es einen Punkt, der die Parteilichkeit der Ortsverwaltung eindeutig ausdrückte. Unter Punkt 4. verlangte sie: *»Die Ursachen für vermeintliche Schwächen des Interessenausgleiches für das Ross-Werk müssen exakt benannt werden: z.B. daß die angestrebten Bedingungen für ein vorzeitiges Ausscheiden von älteren Kolleginnen und Kollegen und der geforderte Freizeitausgleich für Mehrarbeit an Sonnabenden vom B+V-Vorstand hintertrieben wurde.«*

Wie schon in ihrem **Positionspapier vom 24. 8. '87,** also vier Monate zuvor, vermied die Ortsverwaltung (die Bezirksleitung äußerte sich bis dahin überhaupt nicht), die wirkliche Situation beim Namen zu nennen: ● Die verheerende Wirkung des Interessenausgleichs von Steinwerder (August '87) auf die gemeinsame Gewerkschaftspolitik in den B+V-Betrieben Ross und Steinwerder und darüber hinaus für die ganze IGM, ● sowie die Rolle der Gewerkschaft IGM bei einer Betriebsübernahme und -ausschlachtung, die durch die Mitbestimmung und die dazugehörigen Posten an der Politik der Beschwichtigung, Vertuschung und Zersetzung von gewerkschaftlicher Gegenwehr beteiligt ist.

Betriebsrat und VK-Leitung von Ross mahnten wenige Tage später (am 2. und 3. Februar '88) nichtsdestotrotz in Briefen bei eben dieser OV an, daß durch *»zügige Beratungen... die gemeinsame Gewerkschaftsarbeit in vollem Umfange möglich gemacht wird.«* Daß sie selber nicht recht daran glaubten, der Konflikt könne durch Aufforderung an die oberen Gewerkschafts-Instanzen gelöst werden, drückte sich darin aus, daß sie in beiden Belegschaften dazu einluden, sich den umstrittenen Fernsehfilm mit der Stellungnahme Holger Mahlers im »HDW und Metaller-Arbeitslosenzentrum« anzusehen und darüber zu diskutieren.

Zusammen mit Kollegen von Steinwerder und aus anderen Betrieben diskutierten dort rund 20 Ross-Kollegen (zusammen waren es ca. 45) über die Ursachen des Konfliktes und seine Lösung. Die anwesenden Steinwerder-Kollegen machten deutlich, daß die Politik des dortigen BR-Vorsitzenden Taschenberger durchaus Resonanz im Betriebsrat und in der Belegschaft hat. Dies läge u.a. daran, daß im BR und in der VKL eine ernsthafte Diskussion überhaupt nicht möglich sei. Wer einen kritischen Standpunkt äußere, habe nur die Chance, entweder »fertig gemacht« oder ignoriert zu werden. Wenn Taschenberger zum Beispiel im Juli/August '87 bei Gesprächen mit Ross-Kollegen behauptet habe, es gäbe im Steinwerder-BR Kollegen, die vor einem gemeinsam erarbeiteten Interessenausgleich warnten, und er, Taschenberger, dies zu berücksichtigen habe, so sei das nur die »Interpretation« der Tatsache, daß **nur er selber** im Steinwerder-BR sich so geäußert hat.

Die Diskussion kam zu dem Ergebnis, daß durch interne Gespräche versucht werden solle, die Fronten aufzuweichen, denn der nächste Konflikt stand schon bevor: Die Ross-Vertrauensleute sollten nach ihrer Übernahme zu Steinwerder dort keine mehr sein.[13]

[12] In der Lage war die OV nur, um einmal (am 10. 2. 88) zu einem Gespräch einzuladen. Ansonsten gab es von dieser Seite keine Bemühungen.

[13] Mitte April '88 hatten die noch bei Ross vorhandenen Vertrauensleute nicht mehr den Willen, eine ordentliche Wahl durchzuführen. Nachdem die OV durch den Sekretär Melzer bekanntgegeben hatte, daß für die Ross-Vertrauensleute entsprechend der Satzung ihr Mandat bei der Betriebsschließung verfällt, sahen die Vertrauensleute keinen Sinn mehr darin, sich für die letzten Monate noch einmal wählen zu lassen. Sie hatten erwartet, daß sie ihre gewerkschaftspolitische Tätigkeit aufgrund einer politischen Entscheidung der OV zusammen mit den Steinwerder-Vertrauensleuten hätten fortsetzen können.

Trotz Interessenausgleich —
»Herr Knödler« kämpft weiter...

Die Umsetzung des Interessenausgleichs machte in diesen Tagen die wesentliche Arbeit des Ross-Betriebsrates aus. In endlosen Debatten und Einzelgesprächen wurden mit den Kollegen die Übernahme, Entlassung oder der Wechsel in die Qualifizierungsmaßnahmen besprochen, damit sie unter den ohnehin schlechten Voraussetzungen das für sie Bestmögliche erreichten. Doch dem B+V-Vorstand war auch das noch zuviel, am **11. Februar '88** gab der Ross-BR deswegen eine Presseerklärung und ein Extra-Info heraus:

»Lohnraub bei Blohm+Voss« —
Betriebsrat beantragt einstweilige Verfügung

Bis zu 3,- DM Stundenlohn (ca. 500,- DM im Monat) sollen die Ross-Werftarbeiter auf dem Weg von Ross nach Steinwerder verlieren. Das ist die neueste Entwicklung im Zusam-

Über die Auseinandersetzungen um die Arbeitsplätze bei HDW und die dortige Gewerkschaftspolitik sind in den letzten Jahren folgende Artikel in der »Arbeiterpolitik« erschienen oder zur Information beigelegt:

1981, Nr. 2/3, April:
HDW/Kiel: U-Boote für Chile — Notwendigkeit für Arbeiter?

1981, Nr. 4, Mai:
Ausschlußverfahren gegen 42 IGM-Kollegen in Hamburg

1982, Nr. 2, März:
Ein Jahr »Aktive Metaller« bei HDW-Hamburg

1982, Beilage, im Frühjahr:
Ausschlüsse und Funktionsverbote bei HDW/HH: Entgegnung auf die IGM-Dokumentation *»Hintergründe und Fakten zum HDW-Untersuchungsverfahren 1982«*

1982, Beilage im Juni:
Was uns auf den Nägeln brennt... Zu einer Versammlung der »Aktiven Metaller« in Hamburg.

1982, Nr. 6, Dezember:
HDW-Hamburg: »Aktive Metaller« kontra Bildzeitung

1983, Nr. 2, April:
Diese Gewerkschaftsführung ist hilflos! Wer organisiert den Widerstand gegen die Demontage der Arbeitsplätze?

1983, Nr. 3/4, Mai:
Massenentlassungen bei HDW: Die Arbeiter wollen sich wehren, ist die IG Metall eine Hilfe?
Chronik des Kampfes um HDW

1983, Nr. 5, Juli:
Asbest bei HDW und Vulkan

1983, Nr. 6/7, Oktober:
Nach den Betriebsbesetzungen bei HDW/Hamburg und AG Weser/Bremen: Jeder stirbt für sich allein?

1984, Nr. 3, März:
HDW-HH: Ausgeschlossene Metaller wieder in der IGM

1984, Nr. 5/6, Juli:
HDW-HH: Wiederaufnahme der »Aktiven Metaller«

1985, Nr. 4, Juni:
HDW-Hamburg-Belegschaft: Das Kuckucks-Ei des Leber-Kompromisses (Beilage)

1985, Nr. 5, Oktober:
HDW-HH: VKL-Neuwahl

menlegungsskandal der beiden Werften. Bekannt ist: Über 300 Kolleginnen und Kollegen — viele im Alter von über 50 Jahren — sollen entlassen werden. Und der Rest von ca. 1000 Kolleginnen und Kollegen soll nun nach Absicht von Arbeitsdirektor Knödler zum Teil einen erheblichen Lohnabbau 'freiwillig' hinnehmen.

B+V will die Kollegen zu Einzelarbeitsverträgen veranlassen, obwohl laut Interessenausgleich lediglich eine Versetzung zu unveränderten Arbeitsbedingungen erforderlich wäre. Die Ross-Kollegen werden seit Mittwoch zur Entgegennahme des neuen Vertrages mit Bussen in die Personalabteilung des Werkes Steinwerder gefahren. Jedoch wurde der Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler heute des Werks verwiesen, als er zur Beratung seiner Kollegen mit ihnen gemeinsam in der Personalabteilung auftauchte.

Mit allen Mitteln wollen Arbeitsdirektor Knödler, Steinwerder-Personalchef Tepel und Co verhindern, daß bei diesen Personalgesprächen Betriebsratsmitglieder vom Werk Ross dabei sind! Will Herr Knödler damit erreichen, daß die Kolleginnen und Kollegen überrumpelt werden, ohne sich mit einem Betriebsratsmitglied ihres Vertrauens beraten zu können? Diese Absicht muß man aufgrund der Vorgehensweise des B+V-Vorstandes unterstellen!!

Der Betriebsrat des Werkes Ross der Blohm + Voss AG hat heute sofort die nötigen Schritte zur Erlangung einer Einstweiligen Verfügung eingeleitet. Die Einstweilige Verfügung soll dem Unternehmen untersagen, seinen Arbeitnehmern, die ja bereits einen Arbeitsvertrag bei der B+V AG haben, einen neuen Arbeitsvertrag zu schlechteren Bedingungen aufzuzwingen.«

»Herr Knödler« stellte die Kollegen also vor die Alternative: entweder per »freiwilligem« Einzelvertrag einen wesentlich schlechter bezahlten Arbeitsplatz auf Steinwerder — oder Entlassung. Der Arbeitsdirektor war hier voll in seinem Element als »gewerkschaftlicher Mitbestimmer«, der Unternehmensvorstand konnte so die Drecksarbeit von den Gewerkschaftern selbst austragen lassen. Knödlers Adjutant Tepel, der dortige Personalchef, hatte bei den Übernahmegesprächen mit den Ross-Kollegen immer einen Steinwerder-BR bei sich, der diesen Gesprächen »beiwohnte« und die Vorzüge von Steinwerder pries. Schließlich hatte der Steinwerder-BR zuvor ausdrücklich verlangt, daß die Gespräche nur dort stattfinden sollen. Das war das Alibi für den Arbeitsdirektor, dem Ross-BR das Betreten des Geländes von Steinwerder zu verbieten.

Als am **19. Februar '88** die deswegen vom Ross-BR erwirkte Einstweilige Verfügung vor dem **Arbeitsgericht** verhandelt wurde, waren alle 27 Betriebsräte von Steinwerder verhindert, ihrem Arbeitsdirektor vor dem Richter beizustehen. Für das Auftreten des »Herrn Knödler« vor Gericht war es günstig, allein gelassen zu werden: Immer, wenn er in Bedrängnis kam, berief er sich auf »seinen« Betriebsrat, der nicht anwesend war. Und wo stand die IGM-OV in diesem »Kampf« vor Gericht? Sie stand überhaupt nicht, sie schlich eine halbe Stunde nach Beginn der Verhandlung in Gestalt des Sekretärs Melzer in den Gerichtssaal, was von den anwesenden etwa 100 Metallern mit Stöhnen und sarkastischem Beifall für diesen »Auftritt« quittiert wurde. Der Ross-BR hatte sich selbst einen Anwalt gesucht.

Nach siebenstündiger Verhandlung erging das Urteil: Per Einstweiliger Anordnung verdonnerte das Arbeitsgericht den B+V-Vorstand, repräsentiert durch das IGM-Mitglied »Herrn Knödler«, die Mitbestimmungsrechte einzuhalten. Danach soll bei Versetzung und Eingruppierung der Ross-BR angehört werden, was auch bedeutete, daß alle bisherigen, unter »freiwilligem« Zwang zustande gekommenen Einzelarbeitsverträge ungültig wurden!

Natürlich ging der B+V-Vorstand in die Berufung, die dann am **4. März '88** vor dem **Landesarbeitsgericht** verhandelt wurde. *»Knödler wird nicht schlauer, darum braucht er Power! Kommt zum Gericht, um unsere Auffassung, daß neue Verträge nicht notwendig sind, zu unterstützen,«* forderte der Ross-BR seine Kollegen auf.

Wieder waren viele Metaller gekommen, die Verhandlung mußte deswegen in den großen Sitzungssaal verlegt werden. Und im Unterschied zur 1. Instanz waren diesmal Betriebsräte von Steinwerder dabei. Der Richter des Landesarbeitsgerichtes, Nüß, wollte von Anfang an nicht entscheiden, sondern war auf einen Vergleich hinaus. Das Urteil seines Kolle-

Kampf um die Plätze im Aufsichtsrat

Bei dem Verkauf und dem Ausschlachten der vormals einem staatlichen Konzern (Salzgitter AG) angeschlossenen Werft HDW/Ross haben sich die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Betriebsräte und Gewerkschaften als völlig wirkungslos erwiesen.

Allein die von der Belegschaft getragene Besetzung der Werft hatte zur Folge, daß einige taktische Schritte des Unternehmers sich etwas hinauszögerten, doch keine der gegen die Belegschaft gerichteten Maßnahmen konnte letztendlich verhindert werden.

Trotz dieser Erfahrungen rückten in den letzten Wochen, während die Entlassung und Zerstückelung der HDW/Ross-Belegschaft schon durchgezogen wurde, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in den Konzern-Aufsichtsräten noch einmal in den Mittelpunkt des Streites.

Der B+V AG-Aufsichtsrat wird neu gewählt

Die HDW/Ross-Kollegen haben schmerzhaft erfahren, daß das Besetzen von Aufsichtsrats-Posten durch Gewerkschaftsfunktonäre oder Politiker keine Hilfe ist bei der Verteidigung der Arbeitsplätze. Sie meinten aber, ihren Anspruch auf diese Posten deshalb nicht aufgeben zu können, weil sonst ihre Kollegen sagen könnten: Ihr habt ja Eure Einflußmöglichkeiten gar nicht voll ausgenutzt. Deshalb wollten sie, gerade aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen, diese Aufsichtsrats-Posten nutzen, um die Unvereinbarkeit zwischen den grundsätzlichen Interessen der Beschäftigten und des Konzerns zu dokumentieren.

Umgekehrt hatten und haben die Betriebsräte von B+V/Steinwerder aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen das Interesse, im Aufsichtsrat weiterhin ohne großes Aufsehen Sozialpartner des Unternehmers zu sein.

Die HDW/Ross-Betriebsräte hielten dagegen, daß dies vielleicht in der Vergangenheit gereicht habe, daß die Gewerkschafter sich aber auf die Zukunft einzustellen hätten, da die Rationalisierungspolitik vom B+V-Konzern, zu dem die Ross-Kollegen auch gehören, verstärkt durchgesetzt werden würde. Beide Seiten appellierten an die IGM-Ortsverwaltung und Bezirksleitung, in ihrem Sinne Partei zu ergreifen.

Im Vorzimmer des Aufsichtsrates

Am **19. Januar '88** lud der Leiter des IGM-Zweigbüros Düsseldorf, Grönhoff, Vertreter aller drei Betriebe des B+V-Konzerns zu einem Gespräch über die anstehenden Aufsichtsratswahlen (2.—4. Mai) ein. Dieses Büro ist eine spezielle Einrichtung der IG Metall zur Koordination ihrer Politik in den Aufsichtsräten, in denen sie aufgrund des Mitbestimmungsrechtes vertreten ist. Die IG Metall stellt in den Betrieben Wahldelegierte auf: Bei B+V-Steinwerder 17 Delegierte, bei B+V-Ross 8 Delegierte, bei Noske-Kaeser 2 Delegierte, bei Bartels & Lüders 1 Delegierten. Sie entscheiden über die von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Kandidaten für den Aufsichtsrat, die dann allen Belegschaftsmitgliedern des Konzerns zur Wahlentscheidung vorgelegt werden. Zu wählen sind: 1 Angestellter, 2 Arbeiter, 1 leitender Angestellter, 2 Gewerkschaftsvertreter.

Grönhoff schlug in diesem ersten Gespräch vor, aufgrund der Übernahme eines Teils der HDW/Ross-Belegschaft zu B+V/Steinwerder sollten die ersten 3 Kandidaten (1 Angestellter, 2 Arbeiter) im Verhältnis 2:1 zwischen den Betrieben aufgeteilt werden. Dem schlossen sich die Vertreter von HDW/Ross, Noske-Kaeser und Bartels & Lüders an. Die Vertreter von B+V/Steinwerder beanspruchten dagegen alle 3 Kandidaten für sich. Eine für den 10. 2. 1988 geplante Fortsetzung dieses Gespräches im Rahmen der IGM wurde kurzfristig abgesagt.

Dafür meinte der IGM-OV-Bevollmächtigte Müllner Ende Januar in einem Gespräch ungefragt, er gehe davon aus, daß die drei bisherigen Kandidaten von Steinwerder wieder kandidieren würden.

Die Metaller von Noske-Kaeser sahen das anders. Auch ihr Betrieb war vor Jahren aus der Zusammenlegung zweier Betriebe entstanden, damals hatten sie gewerkschaftliche und betriebliche Funktionsträger aus den beiden Parteien miteinander »verzahnt« und waren damit gut gefahren. Am **16. Februar '88** schrieben sie an die Ortsverwaltung: *»Die (IGM) Mitgliederversammlung der Noske-Kaeser GmbH hat... einstimmig die Meinung vertreten, daß bei der Kandidatenaufstellung eine Verzahnung zwischen den Kollegen von B+V/Steinwerder und dem Werk Ross stattfinden muß. Nur so kann zum jetzigen Zeitpunkt die Solidarität zum Ausdruck kommen, die für das notwendige, gemeinsame Handeln zukünftig verlangt wird...«*

Schon am nächsten Tag, dem **17. Februar '88,** antwortete die VK-Leitung von B+V/Steinwerder: Der Vertrauenskörper der B+V/Steinwerder *»hat mit großer Mehrheit beschlossen, eine Verzahnung... nicht vorzunehmen. Die Hintergründe sind bekannt. Um eine langfristige Gewerkschaftsarbeit auf demokratisch-inhaltlicher Basis zu sichern, fordern wir die OV auf, den Vorschlag des Vertrauenskörpers der B+V/ Steinwerder... zu stützen.«*

Am selben Tag wählten die Vertrauensleute von HDW/Ross ihre Wahldelegierten und schlugen ihre Aufsichtsratskandidaten vor, weil sie eine Verzahnung für selbstverständlich hielten: *»Unsere Belegschaft hätte überhaupt kein Verständnis für einen Ausschluß unserer Funktionsträger von einer Aufsichtsratskandidatur, wie es von der VK-Leitung des Werkes Steinwerder... gefordert wird. Wir halten einen solchen von vornherein festgelegten Ausschluß vom passiven Wahlrecht für einen Bruch des gewerkschaftlichen Demokratie-Verständnisses...«* (HDW-Ross-VK-Leitung an alle IGM-Gremien am 24. 2. 88)

Sogar ein Mitglied der VK-Leitung von B+V/Steinwerder war mit dem rücksichtslosen Unterbügeln der Interessenvertretung von 2/5 der Konzern-Belegschaft durch seine Kollegen nicht einverstanden und wandte sich zwecks Vermittlung an die OV. Diese Stellungnahme des Kollegen R. Fels war die erste deutliche Abgrenzung von der dortigen Mehrheit, die den Kollegen außerhalb bekannt wurde.

Am **1. März '88** kamen die Wahldelegierten aller drei Betriebe zusammen, um über die Aufsichtsratskandidaten zu entscheiden. Die HDW/Ross-Vertreter versuchten den Konflikt zu entschärfen, indem sie vorschlugen, die Zahl der Kandidaten zu erweitern, so daß die Beschäftigten des Konzerns zwischen je einem Kandidaten von Ross und Steinwerder entscheiden könnten. Die Vertreter von Steinwerder (17 gegen 11 andere) ließen sich angesichts ihrer Mehrheit auf nichts ein, sie verlangten stattdessen im vorhinein eine Erklärung von den Ross-Vertretern, daß diese sich an Mehrheitsbeschlüsse halten würden. Für die Vertreter von Ross und von Noske-Kaeser wurde die Sitzung zu einer Farce, sie verließen den Raum.

Auf einer **Betriebsversammlung am 4. März '88** im Werk Ross forderten daraufhin rund 1000 anwesende Kolleg/in-n/en (bei einer Enthaltung) vom IGM-Vorstand und IGM-OV die »Verzahnung« beider Werften auch bei der Aufsichtsrats-Wahl. *»Sollte eine Verzahnung nicht möglich sein, fordert die Belegschaft die IG Metall auf, es zu ermöglichen, daß Kollegen des Werkes Ross* **auf einer zweiten offiziellen Liste** *zum Aufsichtsrat kandidieren können«,* hieß es in dem Antrag. (Einige anwesende Steinwerder-Kollegen stimmten diesem Antrag zu.)

Es half alles nichts, Ortsverwaltung und Bezirksleitung blieben stumm, ebenso der Hauptvorstand. Einen nochmaligen Versuch unternahmen die HDW/Ross-Kollegen, als sie sich an die Metaller der anderen Betriebe Hamburgs wandten: Eine **Vertreterversammlung am 8. März '88** nutzten sie, um gleich zu Beginn an alle etwa 300 anwesenden Kollg/inn/en ein Info mit angehängten Dokumenten zu verteilen, in dem sie ihren Standpunkt zu verschiedenen Konflikten mit den Steinwerder-Kollegen darlegten und am Ende meinten: *»Wir schreiben dies nicht nur im Interesse unserer Belegschaft, sondern im Interesse der Verwaltungsstelle, damit die negative Vorreiter-Rolle bei der Spaltung von Belegschaften anläßlich von Betriebszusammenlegungen nicht endgültig festgeschrieben wird«.*

Während der Referate von Bezirksleiter und OV-Bevollmächtigten hatten die Anwesenden dadurch ausreichend Zeit, sich ein eigenes Bild von dem Konflikt zu machen. In der anschließenden Diskussion wurde — für den Bereich der Hamburger Ortsverwaltung ungewöhnlich — fast ausschließlich die Ortsverwaltung und Bezirksleitung in scharfer Form wegen ihrer Haltung in dem Konflikt Ross/Steinwerder angegriffen und darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaft in der Zukunft so nicht bestehen könne.

Die Ortsverwaltung scherte das nicht, sie teilte den Mitgliedern des Werkes Ross kurze Zeit später mit, der Beschluß der Wahl-Delegierten zur Aufsichtsratswahl sei korrekt mit demokratischer Mehrheit zustande gekommen und deshalb zu respektieren. Deshalb erübrige sich die Erörterung einer zweiten Liste. Basta.

Immerhin waren die Stellungnahmen aus anderen Hamburger Betrieben zum Ross/Steinwerder-Konflikt ein erstes erfreuliches Zeichen, daß mehr Kolleg/inn/en erkennen, in welchem Maße hier gewerkschaftspolitische Probleme aufgeworfen werden, an denen in Zukunft kein klassenbewußter Gewerkschafter vorbeisehen kann. *Mitte April '88* ■

---

gen Rogge vom Arbeitsgericht wollte er offenbar auf keinen Fall bestätigen.

Sein Kompromißvorschlag war: Die Betriebsräte der beiden Werke sollten den Gesamtbetriebsrat der B+V AG beauftragen, die Versetzungen von Ross nach Steinwerder gemäß §99 Betr. VG zu prüfen.

Die anwesenden Ross-Betriebsräte sagten sofort zu, während der Steinwerder-BR Herbert Oetting meinte, dies müsse auf Steinwerder erst einmal beraten werden, dazu wolle man auch einen Juristen hinzuziehen. Wegen vieler anderer dringender Termine würde man bestimmt 3 Wochen dafür brauchen. »Herrn Knödler« dauerte das alles viel zu lange, er führte deswegen vor den erstaunten Zuhörern mit »seinem« Betriebsrat Oetting einen kleinen Eiertanz auf. Am Ende blieb es bei dem Vergleich:

- der GBR soll die Versetzungen prüfen, wenn dieses von den beiden Einzel-Betriebsräten beschlossen und dem LAG bis zum 15. März, 16.00 Uhr, mitgeteilt wird.
- Falls es nicht zu den Beschlüssen kommen sollte, würde das LAG am nächsten Tag eine Entscheidung verkünden.

Schon auf seiner nächsten Sitzung beschloß der Ross-BR, die von ihm geforderte Prüfung der Versetzungen dem Gesamt-BR zu übertragen. Am **14. März '88** forderte er seine Gewerkschaftskollegen auf Steinwerder schriftlich auf, ihre Mitwirkung ebenfalls an den Gesamt-BR zu übertragen, weil niemand garantieren könne, daß der »erstinstanzliche Gewinn« von dem LAG bestätigt werde, falls sich dieses tatsächlich zu einer Entscheidung genötigt sehe.

Trotzdem gab der Steinwerder-BR kurz vor Ablauf der Frist bekannt, daß er dem Kompromiß des LAG **nicht** zustimme. ein gemeinsames Vorgehen der Metaller auf den beiden Werften des einen Konzerns war also wieder nicht zustande gekommen, das Gericht sollte entscheiden.

Am **16. März '88** gab es bekannt: Durch die von ihm geforderte Einstweilige Verfügung würde der Ross-Betriebsrat *»für einen möglicherweise längeren Zeitraum eine Erfüllung des von ihm geltend gemachten Unterlassungsanspruches erreichen... Es würden zumindest zeitweise endgültige (!!!) Tatsachen geschaffen werden«... »In diesem Falle drohen aber schwerwiegende Nachteile«* für den Unternehmer *»und möglicherweise auch für die vom Interessenausgleich vom 7. Januar erfaßten Arbeitnehmer«.* Eine Einstweilige Verfügung sei eine unangemessene Maßnahme und deshalb werde sie **abgewiesen.** Die Klage des Ross-BR gegen die Übernahme-Gespräche und die Durchsetzung schlechterer Bedingungen durch den Unternehmer sei **nicht eilbedürftig** und eine Entscheidung im **Hauptverfahren vor dem Arbeitsgericht am 20. April '88** könne durchaus abgewartet werden.

Die Konsequenz: »Herr Knödler« konnte weiter zusammen mit der Personalabteilung von Steinwerder die Zukunftsängste der Kollegen, meist seiner Mitgewerkschafter von der IGM, ausnutzen, um sie zur Anpassung an die »mittelalterlichen« Arbeitsbedingungen bei B+V anzupassen.

Das Ende — konkret

Nach dem Interessenausgleich vom 7. Januar '88 waren bei Ross zu dem Zeitpunkt **noch beschäftigt:**

● 931 Arbeiter ● 346 Angestellte

Davon sollten einen Arbeitsplatz auf Steinwerder angeboten (A) bekommen: ● 666 Arbeiter ● 270 Angestellte

Den restlichen Kolleg/inn/en wurde ein Abgang per Sozialplan/Auflösungsvertrag (B) oder ein auf bis zu 2 Jahren befristeter Arbeitsvertrag zur Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme (C) angeboten, das wären gewesen:

● 254 Arbeiter ● 64 Angestellte

In Aussicht gestellt wurde die Gründung einer **Beschäftigungsgesellschaft,** die (etwa 100) diejenigen übernimmt, die mit oder ohne Qualifizierung keine Beschäftigung finden würden.

Was ist **Mitte April '88** daraus tatsächlich geworden? Wie haben die Kollegen reagiert? Zunächst einmal gab es Verschiebungen entgegen den Unternehmerplänen. Von denen, die die Geschäftsführung tatsächlich »gebrauchen« konnte, wollten viele Arbeiter und Angestellte gar nicht 'rüber. Sie wollten sich nicht den für sie rückschrittlichen Arbeitsbedingungen auf Steinwerder aussetzen. Sie nahmen den Sozialplan in Anspruch und verließen mit 2500 bis 80000 DM »einvernehmlich« per Auflösungsvertrag den Arbeitsplatz.

Teilweise suchten sie sich allein einen anderen Arbeitsplatz, teilweise versuchen sie, die Zeit bis zur Rente mit der Abfindung zu überbrücken.

Die Arbeitsplätze, die sie auf Steinwerder nicht besetzten, konnten deshalb etwa 50 derjenigen in Anspruch nehmen, die ursprünglich unter (B) oder (C) gehen sollten, dies aber gar nicht wollten.

Die zweijährige Qualifizierung stand allen anderen (254/64) offen. Nach Informationsgesprächen mit Vertretern des Arbeitsamtes über den Inhalt der Fortbildungsmaßnahmen entschieden sich aber mehrere Kollegen dagegen und gingen gleich mit Sozialplan ab.

Unter diesen Umständen waren Ende April nur noch 19 Entlassungsgesuche auf dem Tisch des Ross-BR, der allen widersprach. Einige dieser Kündigungen wurden inzwischen durch doch noch unterschriebene Auflösungsverträge nichtig, die anderen Kollegen klagen gegen die Kündigung.

Am Ende eines der für die IG Metall wichtigsten Betriebe Norddeutschlands blieb den Kolleg/inn/en nichts anderes übrig, als jeweils für sich allein (oder mit ihrer Familie) zu entscheiden, auf welches der erpresserischen Angebote des Unternehmers B+V sie sich einließen. Auch die Betriebsräte waren von den erpresserischen Angeboten nicht ausgenommen, nach und nach unterschrieben sie alle Auflösungsverträge. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Rohkamm persönlich sorgte dafür, daß der BR-Vorsitzende H. Mahler, sein Stellvertreter D. Napiwotzki, sowie das freigestellte BR-Mitglied G. Müller-Landré auf keinen Fall nach Steinwerder kommen konnten. Er verdonnerte die Geschäftsleitung der Fa. Noske-Kaeser dazu, die drei Kollegen zu übernehmen, wenn sie nicht von alleine gingen. Auf keinen Fall sollten sie zu Steinwerder übernommen werden. Der Ross-Betriebsrat beriet diese Situation und war sich darin einig, daß nicht nur der Vorstand von B+V, sondern auch Betriebsräte von Steinwerder, einige IGM-Funktionäre sowie bestimmte Landespolitiker die drei Kollegen auf keinen Fall nach Steinwerder lassen wollten. Diese Auffassung wurde durch die Blume, aber doch deutlich genug von »wichtigen Leuten« von B+V und Noske-Kaeser bestätigt.

Da man den drei Betriebsräten sämtliche Möglichkeiten nahm, weiterhin mit ihren Kollegen von HDW/Ross zusammenzuarbeiten, haben auch sie sich zuletzt entschlossen, mit Auflösungsvertrag zu gehen. Am 23. 3. 88 unterschrieben sie, nach der Schließung von HDW/Ross Ende des Jahres entlassen zu werden.

20. April 1988 ■

»Morgenpost«, 25.1.88

Kündigungen bei B+V wahrscheinlich

Werftchef Dr. Rohkamm in einem Gespräch mit der MORGENPOST

Besonders geliebt wird die von Blohm + Voss initiierte Beschäftigungsgesellschaft von Dr. Eckard Rohkamm nicht. In einem Gespräch mit MORGENPOST-Chefredakteur Wolfgang Clement und Wirtschaftsredakteur Peter Brinkmann machte er deutlich: „Wir haben einen Interessenausgleich geschlossen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Wenn der scheitert, müßten wir kündigen. Schon jetzt kostet uns die Verzögerung rund 60 000 Mark pro Mann und Jahr."

Bis zum Sommer, da läßt der Manager keinen Zweifel, muß das vom Tisch.

Sorgen machen ihm auch die Vorstellungen der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung. Dr. Rohkamm: „Wir wünschten uns von den Gewerkschaften in der nächsten Tarifrunde mehr Flexibilität. Das ist unser Hauptproblem und würde dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten." Für ihn ist klar: „Eine Nullrunde wäre zwar ideal, aber kann nicht durchgesetzt werden. Lohn- [illegible] heißt auch [illegible] mir daher, daß die Tarifpartner einsehen, daß es generell besser ist, eine größere Flexibilisierung in den Arbeitszeiten zu akzeptieren, sprich also auch über Sonnabend und Sonntag zu reden und über entsprechenden Freizeitausgleich, als über starre 35-Stunden-Regeln. Dies führt zu teuren Überstunden, die letztlich Arbeitsplätze gefährden. Denn unser Hauptproblem sind die immens hohen Arbeitskosten."

Rohkamm, seit Anfang des Jahres am Ruder von Blohm + Voss, formuliert klar und unmißverständlich: „Für mich [illegible] die Werftenkrise noch lan- [illegible] zu Ende. Ich bin auch [illegible] mistisch zu glau- [illegible] ren im der Maschinenbau. Für 55 Millionen Mark wird gerade eine neue Halle gebaut. Erfolgreich laufen auch die Geschäfte mit alternativen Produkten. „Wir sind bei Heizkraftwerken führend."

Bis zum Ende des Jahres will er auch das Problem des alten HDW-Geländes gelöst haben. „Es gibt Gespräche mit verschiedenen Interessenten." So will ein Hafenunternehmen das ganze Gelände übernehmen und einen Teil des Werfthafens zuschütten lassen.

Optimistisch äußerte sich Dr. Rohkamm über die Ausbildungssituation. „Wir stellen ein. Auch wenn der Schiffbau im Gerede ist." Gesucht werden 27 Lehrlinge: Vier Schlosser, vier Schiffbauer, acht Rohr-Installateure, fünf Dreher und Fräser, sechs Schmelzschweißer. Mädchen sind auch gefragt. Anfangsverdienst ab 618 Mark.

Besonders kritische Worte hatte Rohkamm für die So- [illegible] der Volksparteien [illegible] werden

... noch lange nicht zuende!

Unternehmer-Angriffe und Gewerkschaftsstreit

Bei solchen Feinden braucht man wirkliche Freunde

Die gewerkschaftspolitischen Bewegungsmöglichkeiten verändern sich durch die sich ausbreitende Wirtschaftskrise entscheidend. Nicht mehr nur der möglichst hoch dotierte »Abgang« über Sozialplan aus einem rationalisierten oder stillgelegten Betrieb soll nach den Vorstellungen von immer mehr Gewerkschaften von den Gewerkschaftsvorständen verhandelt werden.

Ein Teil der Arbeiter und Angestellten beginnt zu erkennen, daß mit einer für sie persönlich momentan vielleicht befriedigenden »Abfindung« dem ursprünglichen gewerkschaftlichen Ziel entgegengearbeitet wird: der kollektiven Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nun auch der Arbeitsplätze. Diese Erkenntnis breitet sich jetzt z.B. im Ruhrgebiet aus, weil die vor der Entlassung stehenden Stahlarbeiter schon eine krisengezeichnete Umgebung haben und daher Städte und Gemeinden mit dem Rücken an der Wand stehen.

Individuelle Auswege gibt es immer weniger. Bald jeder hat in seiner Familie und/oder im Bekanntenkreis mit einem brennender werdenden Problem zu tun: Was wird aus den Ausbildungs- und Arbeitsplatzforderungen der jungen Generation? Deshalb wächst bei davon berührten Arbeitern und Angestellten die Frage nach kollektiven Lösungen der Probleme, in die sie immer mehr hineingeraten.

Antworten, die zuerst angeboten und aufgegriffen werden, sind vielfach Forderungen an den Staat, er möge z.B. mit Subventionen verschiedenster Art die Beschäftigungsmöglichkeiten fördern. Oftmals erhalten bedrohte Belegschaften, wenn sie solche Forderungen aufstellen, nicht nur von ihrer Gewerkschaft Unterstützung, sondern auch vom Unternehmer, der den Kommunen, Ländern und dem Bund das Geld aus der Tasche ziehen will. Solche Forderungen sind auch deshalb naheliegend, weil die Beschäftigten damit noch nicht in die direkte Konfrontation mit dem Unternehmer gezwungen werden, sie lassen sich noch mit Unterschriftenlisten, Petitionen, Demonstrationen und Delegationen vortragen. Die kollektive, am Klasseninteresse orientierte Abwehr im Betrieb scheint noch nicht notwendig.

Daß Lösungen solcher Art beschränkt sind und an der Krisenüberwindung zugunsten des privaten Profits überhaupt nichts ändern, zeigt sich erst durch praktische Erfahrung. Während dabei der entscheidende Gegensatz zwischen den Arbeitern und Unternehmern als Klassengegensatz hervortritt, entsteht parallel dazu in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder ein Konflikt, der unvermeidlich ist und ausgetragen werden muß. HDW/Ross und Blohm+Voss sind dafür nur ein Beispiel.

Ein Blick zurück...

Die Gewerkschaften der BRD sind Nachzügler der Gewerkschaften, die um die Jahrhundertwende aus dem Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer entstanden waren. Erst in einzelnen Betrieben, in Branchen und überregional kämpften sie um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaften dienten den Arbeitern dazu, die Kämpfe politisch und materiell vorzubereiten, zu koordinieren und auszubreiten. Beide Seiten, die Arbeiter und ihre Funktionäre in Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei wie auch die Unternehmer betrachteten diese Kämpfe als Klassenkämpfe.

Als im 1. Weltkrieg angeblich das »Vaterland« bedroht war, machten die deutschen Gewerkschaftsführungen zum erstenmal »Arbeitsgemeinschaftspolitik« mit den Unternehmern und dem Staat. Nach dem Krieg versprachen sie den zermürbten und verelendeten Arbeitern und ihren Familien, durch Reformen den Kapitalismus verbessern und die Unternehmer friedfertig machen zu können. Das endete 1933 mit der kampflosen Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor den Nazis. Deren erste Aufgabe nach der »Machtergreifung« war die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, jeglichen Arbeiterwiderstandes und letztenendes die **Vernichtung des Klassenbewußtseins.** Ersetzt werden sollte dieses durch die sogenannte »Volksgemeinschaft« mit den Unternehmern. Damit war der Weg frei, die Arbeiter in den Eroberungskrieg ziehen zu lassen, wobei Millionen in Europa elend zugrunde gingen. Für die Unternehmer hieß das: Für sie überflüssig gewordene Arbeitskräfte, Maschinen und Produktionsanlagen wurden in einem ungeheuren Maße zerstört. Von diesem neuen Ausgangspunkt aus konnte mit den gleichgesinnten westlichen Siegern ein »Neuanfang« verabredet werden.

Für die Gewerkschaften war dieser »Neuanfang« zu allererst die Lizenz der Besatzungsmächte. Vorher noch in den Trümmern der Fabriken entstandene Initiativen klassenbewußter Arbeiter gingen zugrunde, als die »Einheitsgewerkschaft« gezimmert wurde: Die überlebenden Führungen der ehemals christlichen und der 1933 untergegangenen Freien Gewerkschaften gaben nun die politische Richtung an — klassenbewußte Kräfte hatten in dieser »Einheit« keinen Platz mehr.

Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung für Arbeiter und Angestellte sollten fortan in Westdeutschland den Frieden einkehren lassen. Das hat die Unternehmer nicht daran gehindert, inzwischen damit zu beginnen, schon im »Frieden« für sie überflüssige Betriebe zu zerstören — das ist **ihr** Fortschritt. Der Niedergang der Werftindustrie, darin eingeschlossen die frühere Staats-Werft HDW-Hamburg und das momentane Ausschlachten durch die Thyssen-Manager, ist nur ein Beispiel für diese Entwicklung.

... erhellt das Heute...

Der Konflikt zwischen den Betrieben HDW/Ross und B+V ist die offensichtliche Übertragung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes auf die Belegschaften. Es ist dies die wirksamste Waffe der Unternehmer gegen Verständigung und Zusammenarbeit der Beschäftigten, weil sie deren Klassenaktion unmöglich macht. Die Mitbestimmung durch Arbeitsdirektoren (Beispiel: Knödler), durch Aufsichtsräte (Beispiel: Müllner), aber auch die »Partnerschaft« mancher Betriebsräte (Beispiel: Taschenberger) geben den Unternehmern im Konkurrenzkampf den notwendigen Flankenschutz. Noch brauchen die Unternehmer diese »Mitbestimmer«, die unlösbar mit ihrer Rolle an die kapitalistische Wirtschaftsordnung gebunden sind und deshalb in der Krise die Interessen der arbeitenden Bevölkerung immer mehr mit Füßen treten müssen.

Durch den Konflikt zwischen den Metallern bei HDW/Ross einerseits und Blohm + Voss andererseits werden in den Gewerkschaften zur Zeit unterschiedliche Antworten auf die Frage nach der künftigen Abwehr deutlich:

● **Entweder** die Beschäftigten eines Betriebes regeln am Verhandlungstisch allein mit ihrem Unternehmer (solange und soweit er das will) die von diesem geforderten neuen Arbeitsbedingungen und »notwendigen« Entlassungen in dem Rahmen, den der Unternehmer als objektiv möglich darstellt. *»Ich vertrete die, die mich zum Betriebsrat gewählt haben«*, sagt Taschenberger von B+V stellvertretend für fast

alle anderen Betriebsräte und betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre in den Großbetrieben der BRD, in denen dieser Konflikt in ähnlicher Form ebenfalls auftaucht (z. B.: IBM-Sindelfingen, Daimler-Benz-Stuttgart, VW-Salzgitter, Daimler-Benz-Harburg, MBB-Bremen, KHD-Köln u.a.).

Was in den anderen Betrieben, die der Unternehmer (wie z. B. bei B+V) mit seiner eigenen »Sanierung« in der Konkurrenz niederkämpfen will, die Betriebsräte und Gewerkschaften dann abschließen sollen, beantworten diese Funktionäre dann meistens mit ihren »erfolgreichen« Vereinbarungen, die es nachzuahmen gälte.

● **Oder** die Beschäftigten eines Betriebes versuchen, die Möglichkeiten im Betrieb und die Solidarität anderer Betriebe sowie der Bevölkerung möglichst vollständig auszunutzen, um Regelungen durchzusetzen, die sich nicht als Konkurrenzvorteil »ihres« Unternehmers gegen andere Betriebe auswirken. Das ist nur möglich mit einer Gewerkschaft, die den kollektiven Regelungen den unbedingten Vorrang gibt und betriebsegoistische Regelungen nicht zuläßt. Natürlich ist so etwas unvereinbar mit der seit Kriegsende vorherrschenden Sozialpartnerschaft in den DGB-Gewerkschaften, die auch die Betriebspolitik bestimmt. Niemand kann das, was in 30 bis 40 Jahren versäumt wurde, jetzt durch Eroberung eines Betriebsrats oder von gewerkschaftlichen Posten von heute auf morgen wieder gutmachen — aber ein **Anfang** muß gemacht werden.

Das Bewußtsein der Beschäftigten ist die Voraussetzung für eine Gewerkschaftspolitik, die den heutigen Bedingungen gerecht wird. Dieses Bewußtsein bildet sich in der BRD erst langsam durch einen schmerzhaften Erfahrungsprozeß heraus. Dazu gehört die Einsicht, daß »vorteilhafte« Vereinbarungen in anderen Betrieben die eigene Durchsetzungskraft zersetzen und umgekehrt — und letztlich von Nachteil für den überbetrieblichen Widerstand sind.

... um in der Zukunft bestehen zu können

Und das Beispiel von HDW/Ross zeigt auch, daß der beste Wille und sogar die Risikobereitschaft, mit der eignen Gewerkschaftsorganisation in Konflikt zu kommen, im Kampf gegen den Unternehmer keine »Wende« bei der Arbeitsplatzsicherung herbeiführen konnte. **Der Thyssen-Konzern hat seine strategischen Ziele erreicht,** während die widerstandsbereiten Gewerkschafter sich in Auseinandersetzungen im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes, vor Gerichten und auch innerhalb der IGM aufgerieben haben. Gewerkschaftlicher Widerstand, der mehr erreichen will als den gut bezahlten »Abgang«, muß seinen Rückhalt finden in überbetrieblicher Absprache und Organisierung — und das ist das Gegenteil von dem, was Gewerkschafter wie Taschenberger und die IGM-Ortsverwaltung in Hamburg wollen.

Vor Illusionen muß gewarnt werden: Die Unternehmer-Politik von Rationalisierung, Lohnabbau und Arbeitsplatzvernichtung läßt sich in nächster Zeit für einige verlangsamen, aber nicht aufhalten. Die wirkliche Perspektive für die Arbeiter und Angestellten kann auch nicht in der Schaffung anderer Mehrheiten bei der kommenden Bundestagswahl liegen — wie Steinkühler das propagiert, um Ratlosigkeit und Schwäche der Gewerkschaften zu bemänteln. Nein, eine Perspektive kann nur dann entstehen, wenn wir durch Zusammenschluß und gemeinsames Handeln zu einer Macht in der Gesellschaft werden, an deren Interessen keiner vorbei kann. So, wie heute niemand an der alles beherrschenden Unternehmermacht vorbei kommt. Schon gar nicht SPD und Gewerkschaftsführungen, die nichts anderes tun als sich dem unterwerfen. Heute fehlt sie noch fast vollständig, diese Kraft, die gegen die Unternehmer etwas auswirken könnte.

Um sie aber zu erreichen, muß unter den Gewerkschaftsmitgliedern die an der Sache und Perspektive orientierte Debatte durchgesetzt werden. Nicht der Rückzug auf das eigene Betriebsrats-Büro bewältigt die wachsenden Probleme in den Gewerkschaftsorganisationen, sondern der offen ausgesprochene Bruch mit den sozialpartnerschaftlichen Predigern, das klare Bekenntis, daß eine Minderheit in den Gewerkschaften nicht mehr bereit ist, eine Entwicklung zu dulden, in der die »Sozialpartner« den Betriebsegoismus auf die Spitze treiben und zugleich Kollegen mit anderen Auffassungen, wie z. B. die jetzt Ausgeschlossenen von Daimler/-Harburg oder die von HDW/Ross, in den eigenen Reihen bekämpfen und den Unternehmern »zum Fraß« vorwerfen. *»Bei diesen Freunden braucht man keine Feinde«*, war das bittere Resümee eines Ross-Betriebsrates, auf der letzten Vertreter-Versammlung in Hamburg.

Wir müssen zeigen und praktisch beweisen, daß es auch noch wirkliche Freunde in den Gewerkschaften gibt, auch wenn sie nicht den Ton angeben. Wie sonst sollen wir z. B. Jüngere gewinnen für die ursprünglichen Aufgaben von Gewerkschaftern: die Aufhebung der Konkurrenz unter den Beschäftigten, die Verteidigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Aufgabe, die deshalb zuerst vor uns steht, ist: Mit denen, die das behindern, muß die Auseinandersetzung in aller Deutlichkeit und Schärfe geführt werden, in den Betrieben, Büros oder in den Führungen der Gewerkschaften.

Notwendig ist also die politische und praktische Solidarität mit all denen, die jetzt als einzelne oder Einzel-Belegschaft in ihrer Existenz bedroht sind. Nur so lassen sich die Verbindungen knüpfen, die in der Zukunft die kollektive Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten möglich machen.

Die Ross-Kollegen haben in den letzten Wochen mehrfach gefordert, IGM-Ortsverwaltung und Bezirksleitung sollten sich auf ihre Seite stellen und den ursprünglichen gewerkschaftlichen Standpunkt durchsetzen. Auch diese Erfahrung zeigt: Durch Appelle ist der seit Jahrzehnten mit den Unternehmern und dem Staat verwobenen sozialpartnerschaftlichen Linie nicht beizukommen. Von »oben«, aus dem Apparat, wird keine Klärung in diesem Konflikt entstehen. Da steht in dieser Republik und in den Gewerkschaften alles dagegen: die Interessen vieler Funktionäre, die von diesem Apparat materiell abhängig sind und von ihm leben, die Interessen der Unternehmer, die solche Gewerkschaftsfunktionäre, die immer nur »neutral« sein wollen und an die »unternehmerische Vernunft appellieren«, heutzutage noch sehr gut gebrauchen können, sowie Staatsapparat und Justiz, die sich bei ihren Entscheidungen auf die bürgerliche Verfassung berufen. Sie hat keinen Platz für die offene Austragung des Klassengegensatzes.

Dies aber ist unvermeidlich, und je eher wir uns darauf vorbereiten, desto besser werden wir dem Krieg, den die herrschenden Klassen gegen die Arbeiterklasse eröffnet hat, gewachsen sein.

20. April 1988 ■